Nummer 30 Hannover, 23. Juli 1932 41. Jahrgang

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends.

Preis vierteljährlich durch die Post bezogen 1,10 Mk. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: 50 Pf. für die dreigespalt. Petitzeile.

Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postscheckkonto: Nr. 358 15 Postscheckamt Hannover.

Verlag von A. Brey. Druck von E. A. H. Meister & Ko., beide in Hannover.

Redaktionsschluß: Montag morgen 9 Uhr. Verantwortlicher Redakteur: Hans Lawerenz, Hannover.

Redaktion und Expedition: Hannover M, Rathenauplatz 3. Fernsprechanschlüsse 2 28 41 und 2 28 42.

Brot, Freiheit, Sozialismus heißt die Losung! Wählt sozialdemokratisch!

Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands!

Millionen deutscher Arbeiter haben im Weltkriege für die Freiheit unseres Volkes gekämpft. Hunderttausende haben ihr Leben geopfert. Hunderttausende sind zerschossen, als Krüppel in die Heimat zurückgekehrt. Ihre Frauen, ihre Töchter haben als Arbeiterinnen in der gleichen Notzeit in den Fabriken die verwaisten Plätze ihrer Väter, Brüder und Söhne ausgefüllt. Sie alle arbeiteten, kämpften und starben in der Hoffnung auf ein freieres Deutschland.

Alle diese deutschen Männer und Frauen haben Gut und Blut für Deutschland eingesetzt. Sie haben mehr für die Einheit unseres Staates und für den Aufbau einer neuen Lebensordnung des Volkes geleistet, als sich irgendeine deutsche Regierung rühmen kann.

Gestützt auf diesen beispiellosen Opfermut haben die Führer der deutschen Arbeiterschaft in den schwersten Stunden der deutschen Geschichte den Kampf gegen außenpolitische Unterdrückung auf sich genommen und die Grundlagen des sozialen Volksstaates geschaffen. Es ist Eure geschichtliche Tat, deutsche Arbeiter und Arbeiterinnen, daß das Deutsche Reich nicht zerfallen, daß seine Einheit gerettet worden ist.

Trotzdem wagt es eine deutsche Partei, die erst entstand, als die größte Gefahr vorüber war, Euch als Verräter an der deutschen Sache zu verleumden. Sie erdreistet sich, tagtäglich in ihrer Presse und in ihren Versammlungen gegen Euch eine hemmungslose Lügenhetze zu entfalten, nur weil Ihr Sozialisten, nur weil Ihr Gewerkschafter seid.

Unter denen, die diesen Lügenfeldzug führen oder abgedroschene Phrasen gedankenlos nachschwätzen, sind viele, die nie die Front gesehen, geschweige denn im Trommelfeuer gelegen haben, sind viele, die sich in der Heimat herumdrückten, sind Unzählige, die noch in den Kinderschuhen staken, als Ihr im Schlamm der Schützengräben und in Granatlöchern aushieltet.

Alle diese Heimkrieger und Maulhelden, Leute wie Frick, Kube, Goebbels und Konsorten, haben die freche Stirn, die Sozialdemokratie als die „Partei der Deserteure" zu beschimpfen. Und die gleiche Regierung, die wegen jeder angeblichen Kränkung der Ehre ihrer Kabinettsmitglieder den ganzen Machtapparat des Staates in Bewegung setzt, hat noch nie etwas unternommen, um die Ehre dieser Millionen deutscher Arbeiter und Arbeiterinnen gegen ihre erbärmlichen Verleumder zu schützen.

Eine Regierung, die diesen bewußten Lügen nicht entgegentritt, duldet die Entehrung des Volkes, an dessen Spitze sie steht. Sie ist nicht abgerückt von denen, die seit Jahren den Geist des Bruderhasses in unser Volk hineintrugen.

Die jetzige Regierung gilt als der Wegbereiter des Dritten Reiches, Hitler als ihr heimlicher Chef. Deutsche Arbeiter und Arbeiterinnen! Ihr alle wißt, was das bedeutet!

Das Dritte Reich Hitlers übertrumpft den alten Obrigkeitsstaat. Es ist der Zuchthausstaat, der selbst in den schlimmsten Jahrzehnten der Sozialistenverfolgung nie auf deutschem Boden bestanden hat. Die nationalsozialistischen Führer wollen in einem Deutschland rechtloser Skla .. die Herren sein. Sie verachten das Volk. Deshalb soll es nichts zu sagen haben. Sie sind bei ihrem Anhang an Kadavergehorsam gewöhnt. Darum nennen sie Euch „Untermenschen". Trotzdem buhlen sie um Eure Stimmen. Der Freiheitskampf der Arbeiterklasse soll durch Blutjustiz erstickt, die verfassungstreue Polizei beseitigt werden. Der feige Terror gegen die Arbeiterschaft, heute bei Nacht und Nebel ausgeübt, soll der braunen Polizei von Amts wegen übertragen werden. Den Opfern des Krieges und den Invaliden der Arbeit wird die karge Rente gekürzt. Die SA. marschiert in neuen Uniformen. Den Gewerkschaften soll die Kampffreiheit geraubt, die jugendlichen Arbeiter sollen in die Zwangsjacken der Arbeitsdienstpflicht gesteckt und für das Dritte Reich gedrillt werden. Die SA.-Führer wollen die Zuchtrute über die deutsche Jugend schwingen.

Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands, macht diesem braunen Spuk rücksichtslos ein Ende, schließt Euch zusammen in der Eisernen Abwehrfront! Die Armeen des Dritten Reiches müssen an Euren festgefügten Formationen zerschellen. Duldet keine Zersplitterung Eurer Kräfte! Fort mit den Nörglern und Kleingläubigen!

Aktivität! Jeder einzelne sei ein Kämpfer!
Disziplin! Geschlossener Einsatz aller Kräfte!
Einigkeit! Eiserne Front des arbeitenden Volkes gegen alle Soldknechte des Kapitals!
Euer der Sieg! Freiheit! Wählt Liste 1!

Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Gegen den Bürgerkrieg! Für Frieden und Freiheit! Wählt Liste 1!

Keine Reparationen mehr!

Das Ergebnis der Lausanner Konferenz.

Wochenlang haben in Lausanne die Vertreter Deutschlands und der sogenannten Gläubigerstaaten zusammengesessen, um eine für alle Teilnehmer gleich annehmbare Formel zur Beendigung des Reparationsunsinns zu finden. Am 8. Juli 1932 endlich wurde der Vertrag unterzeichnet, der die endgültige Regelung brachte. Das Ergebnis ist zweifellos ein Erfolg für Deutschland, aber nicht ein Erfolg, der auf das Konto des Kabinetts v. Papen zu schreiben wäre. Im Gegenteil, es wäre den deutschen Unterhändlern ganz unmöglich gewesen, mit diesem Erfolg heimzukehren, hätten nicht andere deutsche Staatsmänner, und zwar Staatsmänner des dreimal bekreuzten Systems, und unter ihnen und neben ihnen die Vertreter der organisierten deutschen Arbeiterschaft unter unsäglichen Schwierigkeiten die aufopferndste Vorarbeit geleistet.

Der Sinn der Lausanner Abmachungen ist kurzgefaßt folgender:

Der Lausanner Vertrag tritt an die Stelle des Young-Planes. Deutschland zahlt eine Summe von insgesamt drei Milliarden Mark. Damit ist die durch das Hoover-Jahr gestundete Jahreszahlung abgegolten, ferner liegt darin eine Milliarde Mark, die Deutschland in eine Wiederaufbaukasse zahlt, die von der Bank für internationalen Zahlungsausgleich verwaltet wird und für Kredite an finanziell schwache, namentlich südosteuropäische Länder verwandt werden soll. Die Zahlung der drei Milliarden erfolgt nicht auf einmal, auch nicht in festen Raten, sondern in Gestalt von Bonds (Reichsschuldverschreibungen), die auf dem internationalen Kapitalmarkt untergebracht werden und von Deutschland verzinst und amortisiert werden müssen. In den ersten drei Jahren braucht überhaupt nichts gezahlt zu werden. Die Reichsschuldverschreibungen können nur dann ausgegeben werden, wenn das wirtschaftliche Gleichgewicht Deutschlands wieder hergestellt ist. Der erste Teil der Bonds wird dem internationalen Kapitalmarkt zugeleitet, wenn bei 5prozentiger Verzinsung ein Kurs von 90 Prozent erreicht wird. Der zweite Teil wird begeben, wenn die Schuldverschreibungen zu einem Kurs von 95 Prozent unterzubringen sind. Wenn innerhalb einer Frist von 12 Jahren nach Inkrafttreten der Zahlungen die Begebung der drei Milliarden Schuldverschreibungen auf den ausländischen Kapitalmärkten nicht möglich ist, so verfällt der nicht ausgegebene Restbetrag vollständig. Es besteht also die Möglichkeit, daß Deutschland noch weniger als drei Milliarden zu zahlen braucht. Deutschland hat jederzeit das Rückkaufsrecht für die von der BIZ. noch nicht ausgegebenen Bonds. So weit die finanziellen Verpflichtungen Deutschlands in der Zukunft.

Nicht unwichtig ist es, daß das Deutsche Reich sofort die vollständig freie Verfügung über die Reichsbahn und die Reichsbank erhält. Diese beiden Institute werden von allen internationalen Bindungen befreit. Alle der BIZ. überreichten Reichseisenbahnbonds werden zurückgegeben, ebenfalls die deutsche Goldeinlage in Höhe von 65 Millionen, die zinslos bei der BIZ. lag. Die Reichsbank ist auch von der Verpflichtung befreit, die ihr bezüglich der Golddeckung und der Höhe des Diskontsatzes auferlegt war. Das wichtigste von alledem ist, daß hinfort die Reparationszahlungen vollständig beseitigt sind. Die aufgeworfenen politischen Fragen, um die in Lausanne heftig gestritten wurde, sind nur teilweise gelöst.

Das wird der Regierung von Papen von ihren nationalsozialistischen Freunden als eine schwere Niederlage angekreidet, wie denn überhaupt die rechtsradikale Presse ziemlich scharf gegen den Reichskanzler Stellung nimmt, selbstverständlich nur scheinbar. Wie sie sich in der Tat zu der Regierung und zu den Lausanner Abmachungen stellen, wird sich ja bei den Reichstagsverhandlungen zeigen, die der Ratifizierung des Lausanner Vertrages vorausgehen werden.

Die jährlichen Zahlungen Deutschlands werden von jetzt an etwa 420 bis 440 Millionen Mark betragen, weil zu den 180 Millionen Mark, die der Zinsen- und Tilgungsdienst der Lausanner Drei-Milliarden-Anleihe erfordert, noch andere Verpflichtungen aus der Vergangenheit kommen, die nicht durch die neuesten Abmachungen von uns genommen wurden, und zwar: aus der Dawes- und Young-Anleihe Zahlungsverpflichtungen von etwa 170 Millionen und für Verpflichtungen an Belgien und für amerikanische Sonderforderungen etwa 90 Millionen Mark jährlich.

Das ist angesichts der leeren Reichskassen und der vollkommen zerrütteten deutschen Wirtschaft ganz gewiß eine schwere Belastung, aber immerhin in Anbetracht der noch vor zwei Jahren im Young-Plan festgelegten etwa 35 Milliarden eine für Deutschland viel glücklichere Lösung, die aber, wie schon bemerkt, durchaus nicht allein dem Kabinett Papen gutzuschreiben ist. Ohne Rathenaus Vorarbeit, ohne Stresemanns, Hermann Müllers und Brünings unermüdliche Bemühungen wären wir heute noch nicht so weit. Und auch die Arbeiterschaft darf mit Recht einen Teil des Erfolges für sich in Anspruch nehmen.

Ehe es eine nationalistische Bewegung gab, haben die deutschen Gewerkschaften und daneben der Internationale Gewerkschaftsbund auf die Beseitigung der starren und strengen Bindungen Deutschlands hinzuwirken versucht. Mehr als einmal haben deutsche Gewerkschaftsführer gerade im Interesse des arbeitenden Volkes ihre Stimmen gegen die Reparationsforderungen erhoben. Dies muß hier noch einmal festgestellt werden. Die Gewerkschaften haben maßgebenden Anteil daran, daß der Vernunft endlich eine Gasse gebahnt wurde und das friedliche Europa von einem lästigen Druck befreit ist. Jene furchtbare Wirtschaftskrise, die alle Errungenschaften zu verschlingen droht, wurde nicht zuletzt durch die politischen Spannungen so unerträglich verschärft. Jetzt ist die Möglichkeit gegeben, diesem Krisenzustand energisch und mit allen Mitteln zu steuern und darauf hinzuwirken, daß dem Reparationsende nun die Wirtschaftswende folgt. Mit dieser Wirtschaftswende würde dann auch den rechtsradikalen Parteien der Wind aus den Segeln genommen, die in der Krise und durch die Krise einen so unheilvollen Aufschwung nahmen.

Das deutsche Volk und vor allem die deutsche Arbeiterschaft muß aber den dunklen Kräften das Handwerk legen, die dem Wirtschaftsaufbau und der friedlichen Verständigung der Völker entgegenwirken, weil sie von dem wirtschaftlichen und politischen Durcheinander für ihre egoistischen Parteiziele und für ihr eigenes materielles Interesse Vorteile erhoffen. Die nächste Gelegenheit dazu bietet sich am 31. Juli, an dem die arbeitenden Klassen des deutschen Volkes zeigen werden, daß sie keine militaristisch-faschistische Unternehmerdiktatur wollen.

Gegen den Bürgerkrieg!

Für Frieden und Freiheit!

Die Befürchtungen, die wir so oft schon ausgesprochen haben, erweisen sich täglich mehr als berechtigt. Denn kein Tag vergeht, ohne daß in mehreren Orten Deutschlands Arbeiterblut die Straßen rötet. Kein Tag bleibt ohne schwere politische Zusammenstöße, bei denen Deutsche deutsches Blut vergießen. Die Meldungen von den Überfällen und Gewalttaten an politisch Andersdenkenden sind zu einer täglich wiederkehrenden Rubrik in den Tageszeitungen geworden. Allein am 10. Juli, einem Sonntag, forderten die gewaltsamen Auseinandersetzungen auf den Straßen 17 Tote und 191 Verwundete. Sind wir noch weit vom Bürgerkrieg entfernt, oder ist das, was sich alltäglich und allnächtlich in Deutschland abspielt an politischen Morden und Überfällen, schon Bürgerkrieg? Und wer trägt die Schuld an diesen Zuständen?

Immer mehr verschärfen sich die politischen Gegensätze. Immer brutaler, immer rücksichtsloser gehen die Faschisten aller Grade gegen die republikanisch gesinnten Volksgenossen vor. Es genügt, das Abzeichen einer republikanischen oder proletarischen Organisation zu tragen, um zum Freiwild der „legalen" Bürgerkriegsarmee Hitlers zu werden. Schutzlos scheinen die republikanisch denkenden Arbeiter den blutgierigen Söldnern der Monarchisten aller Schattierungen preisgegeben zu sein. Steht wirklich einmal ein Nationalsozialist, des Mordes oder des Totschlages angeklagt, vor den Richtern, so fällt seine Strafe wesentlich milder aus, als wenn ein Reichsbannermann oder ein Kommunist angeklagt ist. Oft genug werden faschistische Mörder ganz freigesprochen, weil sie angeblich in Notwehr gehandelt haben. Dabei sind es ausschließlich die Nationalsozialisten, auf denen die Verantwortung ruht für die Ströme Blutes, für die ungezählten Tränen der Witwen und Waisen, die seit der Aufhebung des Uniformverbotes in Deutschland geflossen sind. Als es noch keine SA. gab, als die nationalistischen Reaktionäre noch nicht die Möglichkeit hatten, sich so der verbrecherischen Instinkte der verkommensten Subjekte zu bedienen, da gab es kaum je einen politischen Mord. Heute sind den deutschen Faschisten Revolver und Schlagring unentbehrliche Werkzeuge in den Auseinandersetzungen mit den Verteidigern der Republik. 17 Tote und 191 Verletzte an einem Tag! Und Herr v. Gayl sagt: „Immer noch nicht!" Nämlich: Immer noch kein Anlaß, die Republik und ihre Verfassung zu schützen, immer noch kein Grund, die verfassungstreue Mehrheit des Volkes gegen die brutalen Überfälle durch SA.- und SS.-Leute in Schutz zu nehmen, und immer noch nicht Zeit für den Reichsinnenminister, den Hüter der Reichsverfassung, die geschworenen Feinde eben dieser Verfassung in die Schranken zurückzuweisen, die ihnen durch Gesetz und Recht gesetzt sind. Welch ein Hohnlachen muß die Nazis geschüttelt haben, als der Reichsinnenminister sie mahnend auf ihre Pflicht zur Dankbarkeit ihm gegenüber hinwies:

„Im übrigen scheint es mir angebracht, der NSDAP. ins Gedächtnis zu rufen, daß gerade auf meine Anregung das Kabinett der Aufhebung des SA.- und des Uniformverbots zugestimmt hat. Ich habe es daher erst ermöglicht, daß SA.-Abteilungen überhaupt wieder bestehen und überall im ganzen Reich in ihren Uniformen Demonstrationen abhalten können."

Herr v. Gayl macht es Herrn Hitler wirklich schwer, seinen Wahlschlager glaubhaft zu machen, daß die NSDAP. nichts mit der Reichsregierung zu tun habe.

Gehen wir dem Bürgerkrieg entgegen? Die Nazis wollen ihn. Täglich bringen ihre Zeitungen Aufreizungen zu Gewalttätigkeiten an den „Marxisten". Die organisierte Arbeiterschaft will den Bürgerkrieg nicht. Sie weiß, daß ein Bürgerkrieg das Allerschlimmste ist, was einem Volke je begegnen kann. Aber sie ist entschlossen, die Republik und ihre sozialen Errungenschaften bis zum Äußersten zu verteidigen, und wenn es sein muß, für die Freiheit auch das Leben einzusetzen. Das mögen sich die gewalttätigen Anhänger des Dritten Reichs gesagt sein lassen: Italien ist nicht Deutschland! Die deutsche Arbeiterschaft ist anders, besser auf der Wacht als die italienische. Und den besten, überzeugendsten Beweis davon werden die organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen am 31. Juli geben, wenn alle ihre Stimmen der Sozialdemokratischen Partei geben, der Partei, die mit den freien Gewerkschaften im Kampfe gegen den Faschismus an erster Stelle steht.

Die Nazi-Betriebszellen ohne Richtlinien

„Ick dementiere mir", sagt die Nationalsozialistische Reichs-Betriebszellen-Organisation. Die „Vertraulichen Richtlinien zur Durchführung unseres Kampfes im Entscheidungsjahr 1932 gegen den Betriebsmarxismus" sollen weder von der Reichs-Betriebszellenabteilung noch sonst von irgendeiner Abteilung der NSDAP. herausgegeben oder auch nur erwogen worden sein. Wahrscheinlich handelt es sich bei diesen Richtlinien, die wir in der Nr. 21 unserer Zeitung besprachen, und die durch die gesamte republikanische Presse gingen, ebenso um eine völlig bedeutungslose, persönliche Arbeit eines vollkommen unverantwortlichen Parteiangehörigen wie bei den lieblichen Boxheimer Dokumenten, deren Kehrreim bekanntlich war „wird erschossen". Die Berichtigung, die wir nachstehend nach den Bestimmungen des Preßgesetzes (eine Berichtigung muß veröffentlicht werden, ganz gleich, ob sie in Wahrheit berichtigt oder verfälscht, RGSt. 24, 278) veröffentlichen müssen, zeigt, daß die NSDAP. jetzt vom System der einstweiligen Verfügungen zum System der Berichtigungen übergehen will. Mit Berichtigungen lassen sich aber Tatsachen nicht aus der Welt schaffen. Und die Tatsache der Gewerkschafts-, der Tarif- und der Arbeiterfeindlichkeit der Nazis bleibt bestehen, und daran, daß solche Richtlinien zur Eroberung der Betriebe von den Nazis als Anweisung an die nationalsozialistischen Funktionäre erdacht waren, läßt sich auch durch keine Berichtigung rütteln. Wie war es doch kürzlich im Preußischen Landtag mit der empörenden Beleidigung der sozialdemokratischen Frauen durch Naziabgeordnete? Mehr als ein Dutzend sozialdemokratischer Abgeordneter ist bereit, zu beschwören, daß der Zuruf tatsächlich von den Nazis kam, als die sozialistische Abgeordnete von ihren Söhnen sprach, die sie dem Kriege opfern mußte: „Ihr dummen Ziegen, dafür wurden sie euch ja gemacht!" Aber die Nazifraktion bestreitet prompt in einer öffentlichen Erklärung, daß von nationalsozialistischer Seite diese ungeheuerliche Beleidigung gefallen sei. Diese Dementis liegen alle in einer Linie, ganz gleich, ob Hitler bestreitet, im „Kaiserhof" mit seinem Gefolge in zehn Tagen mehr als 4000 Mk. ausgegeben zu haben, oder ob der Stabschef der SA. Röhm seine Liebesbriefe ableugnet, oder ob die „Vertraulichen Richtlinien" bestritten werden. Diesem „System" gegenüber gilt es bei den Nazis ja nicht für ehrenrührig, ihr Ehrenwort zu brechen oder zu lügen, ebensowenig wie den Nazis kein Mittel zu schmutzig ist, um ihre Gegner persönlich in den Kot zu ziehen, wie es sich gerade jetzt wieder so herrlich in dem Verleumdungsfeldzug gegen die Leiter der Berliner Polizei Grzesinski und Dr. Weiß offenbart. Diese „Arbeiterpartei", die in den deutschen Parlamenten wie folgt vertreten ist:

im Reichstag	mit 110 Mandaten,	darunter	3 Arbeiter,
im Preußischen Landtag	mit 162 Mandaten,	darunter	10 Arbeiter,
im Bayerischen Landtag	mit 43 Mandaten,	darunter	1 Arbeiter,
im Anhaltischen Landtag	mit 15 Mandaten,	darunter	0 Arbeiter,
im Hessischen Landtag	mit 32 Mandaten,	darunter	1 Arbeiter,

(alle anderen Abgeordneten sind „Auch-Arbeiter", wie Prinzen, Offiziere, Großgrundbesitzer, höhere Beamte, Rechtsanwälte usw.), ist so arbeiterfeindlich wie keine andere Partei. Dafür nur einige Äußerungen von prominenten Mitgliedern der NSDAP.:

„Die Nationalsozialisten sind keine Sozialisten. Die heutige Gesellschaftsordnung und Wirtschaftsordnung muß erhalten bleiben. Das Privateigentum an beweglichem und unbeweglichem Kapital bleibt erhalten. Die Nazis sprechen mit dem Arbeiter mit Hilfe der Faust. Diese Sprache versteht er am besten."

Naziabgeordneter Sauckel im Thüringer Landtagswahlkampf 1929, zitiert nach der „Dresdner Volkszeitung" vom 16. August 1930.

„Niemals darf in der Produktion und im Verbrauch sozialisiert werden."

Gottfried Feder in Nr. 231 des „Westdeutschen Beobachters" vom 28. Oktober 1931.

„Keine Tarifverträge wie heute, sondern Existenzminimum. Streik wird nicht geduldet."

Vortragsmaterial der Reichsführerschule der NSDAP. der SA.-Führer (Dienstnummer 969/31).

„Erste Pflicht der nationalsozialistischen Arbeitgeber ist unbedingt die Ausschaltung der marxistischen Arbeitnehmer aus dem Produktionsprozeß."

Naziabgeordneter Triebel in „Freiheits-Kampf", Nr. 275 vom 26. November 1931.

„Als oberste Wirtschaftsinstanz fungiert im Dritten Reich ein Reichswirtschaftsrat. Seine Aufgaben sind: Regelung der gesamten Lohn-, Gehalts- und Arbeitsfragen. Die Führung liegt hier beim Unternehmer."

Dr. Wagener (Leiter der wirtschaftspolitischen Abteilung der NSDAP.) am 24. November 1931 in der „Neuen Welt" in Berlin.

„Für uns Nationalsozialisten ist der Streik kein Ausdruck einer Wirtschaftskampfführung."

„Völkischer Beobachter" vom 8. Januar 1931.

„Der Tarifvertrag ist nichts anderes als ein aus rücksichtslosester Ichsucht zweier an sich gleichberechtigter Kontrahenten entstandenes Produkt und somit ein tief beschämendes Armutszeugnis einer mit Volk und Vaterland nichts mehr gemein habenden geistigen Einstellung."

„Volksparole" Düsseldorf, Mai 1931.

„Konsumvereine, freie Gewerkschaften und Krankenkassen gibt es im Dritten Reich nicht mehr."

Naziabgeordneter Kube in Nr. 2 der „Schleswig-Holsteinischen Tageszeitung" vom 3. Januar 1930.

Im Reichstagswahlkampf 1930 erklärte der Naziführer Gregor Straßer in einer Versammlung in Leipzig:

„Zehn Gesetze heben den ganzen Dreck auf. Landesverräter werden gehenkt. Streikende werden erschossen."

Das ist die wahre Einstellung der Nazis zur Arbeiterschaft, zur Koalitionsfreiheit, zu den Gewerkschaften, zu den Tarifverträgen, zu den Betriebsräten. Und zu dieser Einstellung passen ganz genau die „Vertraulichen Richtlinien", die von der Münchener Betriebszellen-Organisation der Nazis jetzt verleugnet werden und die in der vom Dietz-Verlag herausgegebenen Broschüre: „Kampf dem Betriebsfaschismus" ausführlich glossiert und erläutert sind. Die organisierte Arbeiterschaft läßt sich nicht irreführen, sie kennt schon ihre wahren Freunde. Und sie kennt auch sehr genau ihre maskierten Feinde in der NSDAP. Die Eroberung der Betriebe wird den Nazis, mit oder ohne Richtlinien, nicht gelingen. Die Arbeiter wissen zu genau, was sie von einer Partei zu erwarten haben, die ein Sammelbecken für arbeitslose Fürstlichkeiten, Offiziere und Vertreter des Besitzes ist.

Berichtigung.

Die Zeitung „Der Proletarier" brachte in der Nummer 21 vom 21. Mai d. J. unter der Überschrift: „Gegen die nationalsozialistischen Unternehmerknechte! — Die gelbe Sumpfpflanze der NSBO." einen Artikel, der sich mit den angeblichen vertraulichen Richtlinien der Reichs-Betriebszellen-Abteilung der NSDAP. befaßte.

Wir stellen dazu fest:

Es ist nicht wahr, daß die Reichs-Betriebszellen-Abteilung der NSDAP. oder eine andere Abteilung derartige vertrauliche Richtlinien herausgegeben hat.

Wahr ist vielmehr, daß solche oder ähnliche Richtlinien weder jemals von der Reichs-Organisationsleitung oder der Reichs-Betriebszellen-Abteilung oder einer anderen Abteilung der NSDAP. herausgegeben noch auch nur erwogen worden sind.

Organisationsleiter
der Reichs-Betriebszellen-Organisation der NSDAP.
J. A.: Dr. Glaser.

Hermann Wirth †.

In den Morgenstunden des 14. Juli erreichte uns die schmerzliche Nachricht, daß unser langjähriger Gauleiter Hermann Wirth freiwillig aus dem Leben geschieden ist.

Kollege Wirth stand 30 Jahre in der Arbeiterbewegung in vorderster Linie. In der letzten Zeit machten sich bei ihm Anzeichen eines Nervenzusammenbruchs bemerkbar, die als Auswirkungen der furchtbaren Wirtschaftskrise und der damit verbundenen, um das Vielfache gesteigerten Anforderungen an die Funktionäre des Verbandes zu betrachten waren. Hermann Wirth wurde am 10. Februar 1884 in Amsterdam geboren. Schon mit 19 Jahren kam er zum Fabrikarbeiter-Verbande und wurde eines der eifrigsten Mitglieder. In den Zahlstellen Köln und Berlin war er lange Jahre in der Ortsverwaltung und als Bezirksführer tätig. Unter den damals schwierigen Verhältnissen hat er bei der Kleinarbeit, als Verwaltungsfunktionär und Redner stets in vorderster Linie gegenüber seinen Kollegen seine Pflicht getreulich erfüllt. Der Fabrikarbeiter-Verband und auch die Zahlstelle Köln haben seiner eifrigen Mitarbeit viel zu verdanken.

Im Jahre 1918 wurde er durch das Vertrauen seiner Kollegen zum Geschäftsführer der Zahlstelle Bonn berufen. Diesen Posten hat er zur vollsten Zufriedenheit ausgefüllt. Im Jahre 1920 wurde er durch den Hauptvorstand zum Gauleiter für den Gau 14 mit dem Sitz in Köln berufen. Auch diese sehr schwierige Aufgabe hat er gut gelöst. In einer äußerst schwierigen Zeit hat er mit Mut, Fleiß und Energie zum Besten der Mitglieder gearbeitet, in der tiefen Überzeugung, der Arbeiterbewegung gedient zu haben.

Das war vor allen Dingen während der für seinen Gau so folgenschweren Zeit der Besetzung und der Inflation der Fall, wo die Verbandsarbeiten oft mit Mut und unter Einsatz von Leben und Gesundheit durchgeführt werden mußten. Wir mußten damals den Gau 14 teilen und einen besonderen Gau 16 errichten, um überhaupt retten zu können, was für die Organisation und die Arbeiterschaft noch zu retten war. Auch an der Wiederaufbauarbeit nach der Inflation und nach der Aufhebung der Besetzung hat Hermann Wirth mit Erfolg gearbeitet. Um so schmerzlicher ist der Gedanke, daß der oft so derb erscheinende 48jährige Hermann Wirth nicht mehr gegen den politischen und wirtschaftlichen Gegner kämpfen kann, sondern verzweifelnd an sich selbst aus seinem kampf- und arbeitsreichen Leben schied. Einige große Enttäuschungen über Handlungen ihm befreundeter Menschen und die daraus entstandenen recht unangenehmen Folgen für die ihm über alles stehende Organisation sowie seine Selbstvorwürfe haben den Zusammenbruch wohl noch gefördert und den Entschluß zum Freitod hervorgerufen.

Hermann Wirth ist nicht mehr. Der Fabrikarbeiter-Verband hat einen guten Mitarbeiter verloren, ein Beispiel treuer Pflichterfüllung für die Alten und ein Vorbild für die Jungen. In der Geschichte des Verbandes wird der Name Hermann Wirth dauernd einen guten Klang behalten. Sein Andenken wird in der deutschen Arbeiterbewegung immer in Ehren gehalten werden.

Ruhe sanft!

Eine Frage an die preußische Staatsregierung.

Bei Stillegungsverhandlungen nach den Bestimmungen der Stillegungsverordnung haben in letzter Zeit einige Gewerbeaufsichtsbeamte gegenüber unseren Organisationsvertretern und den Betriebsvertretungsmitgliedern den Wunsch ausgesprochen, auf diese Verhandlungen, die nach § 3 der Verordnung über Betriebsstillegungen stattfinden müssen, für die Zukunft zu verzichten. Sie wären doch nur formaler Art. Wir warnen unsere Kollegen, nach dieser Richtung hin eine Zusage zu geben. Infolge dieses Vorgehens von Gewerbeaufsichtsbeamten hat Kollege Paul Lehmann als preußischer Landtagsabgeordneter am 12. Juli eine Kleine Anfrage an die preußische Staatsregierung gerichtet. Sie hat folgenden Wortlaut:

„Aus mir gemachten Mitteilungen über Stillegungsverhandlungen ersehe ich, daß Gewerberäte als Leiter der Verhandlungen in Vertretung des Demobilmachungskommissars von vornherein darauf aufmerksam machten, daß es sich nur um eine formale Besprechung handele, auf die man in Zukunft besser verzichten würde.

Bei einer Verhandlung in Rheinsberg (Mark Brandenburg) stellte der anwesende Gewerberat an den Vertreter der in Frage kommenden wirtschaftlichen Vereinigung das Ersuchen, seine grundsätzliche Zustimmung dazu geben zu wollen, daß in dem zuständigen Bezirk des Gewerbeaufsichtsbeamten solche Verhandlungen nicht mehr stattfinden. Über einen ähnlichen Vorgang wird aus Waldenburg i. Schl. berichtet.

Demgegenüber weise ich darauf hin, daß gerade jetzt mehr denn je Wert darauf gelegt werden muß, eine gründliche Aufklärung über die Gründe der Stillegung und die Möglichkeiten zur Behebung der Ursachen zu derselben gemäß § 3 der Stillegungsverordnung vom 8. November 1920 und 15. Oktober 1923 herbeizuführen.

Ich frage die Staatsregierung:

1. Ist eine Anweisung an die Demobilmachungsbehörden ergangen, nach welcher das Formale der Stillegungsverhandlungen besonders hervorgehoben, bzw. den wirtschaftlichen Vereinigungen der Verzicht auf solche Verhandlungen empfohlen werden soll?
2. Ist die Staatsregierung bereit, die Demobilmachungsbehörden bzw. die mit der Durchführung der Stillegungsverordnung beauftragten Gewerbeaufsichtsbeamten darauf hinzuweisen, daß solche im Widerspruch zur Stillegungsverordnung stehenden Forderungen an die wirtschaftlichen Vereinigungen nicht zulässig sind?

Paul Lehmann."

Die neuen Unterstützungssätze für Kurzarbeiter

sehen folgendermaßen aus:

Beim Ausfall von drei Arbeitstagen beträgt die wöchentliche Unterstützung in der Lohnklasse I für Kurzarbeiter ohne zuschlagberechtigte Angehörige 0,90 Mk., mit einem zuschlagberechtigten Angehörigen 1,10 Mk., mit zwei 1,30 Mk., mit drei 1,50 Mk. und mit vier oder mehr zuschlagberechtigten Angehörigen 1,70 Mk. In der Lohnklasse II betragen die entsprechenden Unterstützungssätze: 1,00, 1,20, 1,50, 1,60, 1,80 Mk. In der Lohnklasse III: 1,20, 1,60, 1,90, 2,20, 2,50 Mk. In den Lohnklassen IV, V und VI: 1,50, 2,30, 3,00, 3,70, 4,50 Mk. In VII und VIII: 2,00, 2,80, 3,50, 4,30, 5,00 Mk. In IX, X und XI: 2,50, 3,30, 4,10, 5,00, 6,00 Mk.

Beim Ausfall von vier Arbeitstagen beträgt die wöchentliche Unterstützung in der Lohnklasse I in der gleichen Reihenfolge der Abstufung: 2,00, 2,30, 2,60, 3,00, 3,40 Mk.; in II: 2,40, 2,80, 3,20, 3,60, 4,00 Mk.; in III: 2,70, 3,40, 4,00, 4,80, 5,40 Mk.; in IV, V und VI: 3,50, 4,60, 6,00, 7,40, 9,00 Mk.; in VII und VIII: 4,00, 5,60, 7,00, 8,60, 12,00 Mk.; in IX, X und XI: 5,00, 6,60, 8,20, 10,00, 15,00 Mk.

Beim Ausfall von fünf Arbeitstagen in Lohnklasse I: 3,00, 3,40, 4,00, 4,50, 5,10 Mk.; in II: 3,60, 4,20, 4,80, 5,40, 6,00 Mk.; in III: 4,10, 5,00, 6,00, 7,00, 8,00 Mk.; in IV, V und VI: 5,00, 7,00, 9,00, 11,00, 13,50 Mk.; in VII und VIII: 6,00, 8,50, 11,50, 13,00, 17,00 Mk.; in IX, X und XI: 7,50, 10,00, 12,50, 15,00, 21,00 Mk.

Die neuen Sätze bringen zum Teil eine recht erhebliche Kürzung, im Durchschnitt eine solche von 20 Prozent, in besonderen Fällen bis zu 40 Prozent. Nur die Höhe der Unterstützungssätze wurde geändert; im übrigen ist das materielle Recht der Kurzarbeiterunterstützung unberührt geblieben. Insbesondere ist beim Kurzarbeiter eine Prüfung der Hilfsbedürftigkeit nicht erforderlich.

Nahrungsmittel-Industrie

Unfallschutz in der Ölindustrie.

Nach dem Jahresbericht der Müllerei-Berufsgenossenschaft, zu der auch die meisten Ölfabriken gehören, waren am Ende des Betriebsjahres 1931 der Berufsgenossenschaft 19 234 (19 324)* Betriebe angeschlossen, in denen 52 753 (53 932) Vollarbeiter beschäftigt waren. Es ist also sowohl die Zahl der versicherten Betriebe als auch die Zahl der beschäftigten Vollarbeiter im Berichtsjahre zurückgegangen. Der Rückgang bei den Vollarbeitern ist wesentlich stärker, als er im Bericht des technischen Aufsichtsdienstes ausgewiesen wird. Das bringt auch der Verwaltungsbericht zum Ausdruck. Es ist in vielen Betrieben Kurzarbeit eingeführt. Die Kurzarbeiter sind aber als Vollarbeiter gezählt worden. Das weist auch der starke Rückgang der gezahlten Lohnsumme im Bereiche der Berufsgenossenschaft aus. Die Lohnsumme betrug im Jahre 1931 = 119 671 602 Mk. und im Jahre 1930 = 128 767 911 Mk. Die gesamte Lohnsumme, die an 52 753 Vollarbeiter gezahlt wurde, ging also im letzten Jahre um rund 9 096 000 Mk. zurück. Dieser Rückgang zeigt, wie stark die Kaufkraft bei der Arbeiterschaft gesunken ist.

Im Jahre 1931 wurden 4301 (4746) Unfälle gemeldet, von denen 453 (489) als entschädigungspflichtig anerkannt wurden. 36 (40) Unfälle hatten den Tod zur Folge. Auf 1000 Vollarbeiter entfielen 81,53 (88) gemeldete und 8,59 (9,07) entschädigte Unfälle sowie 0,68 (0,74) Unfälle mit tödlichem Ausgang. Die gemeldeten Unfälle gingen demnach um 445, die entschädigten Unfälle um 36 und die Unfälle mit tödlichem Ausgang um 4 zurück. Die Zahlen der gemeldeten und entschädigten Unfälle und der Unfälle mit tödlichem Ausgang sind prozentual stärker zurückgegangen, als die Zahl der Beschäftigten. Das ist ein erfreuliches Zeichen. Vielleicht wirkt sich hier auch die namentlich in der Ölindustrie durchgeführte verkürzte Arbeitszeit aus. Es ist ja ein alter Erfahrungsgrundsatz, daß verkürzte Arbeitszeit die Unfallgefahr mindert.

Der Bericht bringt dann eine Spezialübersicht über die Unfälle mit tödlichem Ausgang. Von den 36 Unfällen mit tödlichem Ausgang traten 10 Unfälle an Transmissionen ein; diese sehr hohe Zahl zeigt, wie gefährlich es ist, mit diesen Betriebsstellen in Berührung zu kommen. Über die allgemeinen Unfallursachen sagt der Bericht folgendes:

„Unter den Unfallursachen ist, soweit es sich um Unfälle an Maschinen und Triebwerken handelt, in erster Linie das Fehlen von Schutzvorrichtungen zu nennen. So sind z. B. die durch die Walzen der Walzenstühle verursachten Quetschunfälle ausnahmslos auf das Fehlen des Walzenschutzrostes, also der vorgeschriebenen Schutzvorrichtung, zurückzuführen. Diese Unfälle sind indes durch unsere Maßnahmen gegenüber früheren Jahren zahlenmäßig stark zurückgegangen. Um so bedauerlicher ist es, daß sich immer noch zahlreiche Stühle vorfinden, denen dieser notwendige Schutz mangelt, denn wäre der Walzenschutz überall vorhanden, so könnten die Quetschunfälle an Walzen restlos vermieden werden. Noch bedauerlicher aber ist, daß auch noch neue Stühle gänzlich ohne oder mit ganz ungenügendem Schutz der Walzen geliefert werden. Unkenntnis der Bestimmung kann dabei nicht vorliegen, denn es gibt keine Mühlenbauanstalt, die nicht über die Forderung des Schutzrostes unterrichtet wäre.

Als ein weiteres Beispiel, daß das Fehlen von Schutzvorrichtungen zu den hauptsächlichsten Unfallursachen gehört, sei angeführt, daß zahlreiche Unfälle an Triebwerken sich dadurch ereigneten, daß der Standort des Versicherten bei der Arbeitsverrichtung nicht genügend gegen in unmittelbarer Nähe laufende Triebwerksteile gesichert war oder überhaupt einer Sicherung entbehrte."

Der fehlende Unfallschutz war also die Hauptursache für die Betriebsunfälle. Diese Feststellung muß unseren Vertrauensleuten Veranlassung geben, darauf zu dringen, daß überall der nötige Schutz vorhanden ist. Es werden dann eine Reihe Spezialunfälle besprochen. Wir heben davon einige Beispiele hervor: Ein Todesfall war darauf zurückzuführen, daß ein Mann einen Riemen während des Betriebes auflegte und dabei an einem vorstehenden Nasenkeil der Welle hängen blieb. Drei schwere Unfälle wurden dadurch herbeigeführt, daß die Betroffenen abgefallene Treibriemen, die sich an der Welle aufgewickelt hatten, während des Betriebes ablösen wollten. Sie wurden von der Transmission erfaßt und herumgeschleudert. An anderer Stelle sagt der Bericht über die Unfälle an Triebwerken, Zahnrädern usw. folgendes:

„Die Triebwerke (Transmissionen) mit den zahlreichen Riemen- und Seilscheiben, Zahnrädern, Kettenrädern usw. verursachten auch im Berichtsjahre wieder eine große Zahl Unfälle, unter denen allein 9 mit tödlichem Ausgang zu verzeichnen waren. Hier kann durch Schutzmaßnahmen vielfach die Gefahr beseitigt werden. Äußerst zahlreich waren daher auch die getroffenen Anordnungen.

In ähnlicher Weise wie bei den Triebwerken waren auch Antriebe, Zahnräder usw. an Arbeitsmaschinen in großer Zahl ohne Schutzvorrichtungen, und es mußten entsprechende Forderungen gestellt werden. Es waren allein an Walzenstühlen in 1392 Fällen die Schutzroste zu fordern."

Was Nazi-Betriebsräte zu tun haben.

„Jeder Nationalsozialist ist verpflichtet, im Betriebe jeden Marxisten-Funktionär, gleichgültig welcher Schattierung, mit genauer Adresse festzustellen. Wenn irgend möglich, muß versucht werden, von jedem dieser Leute eine Photographie zu beschaffen. Das gesamte Adressenmaterial, Photos usw., ist über den Gau an den „Sonderdienst" weiterzuleiten (Abt. 1 V. B. 11 München). Die Hauptsache ist schon, wenn nur geknipst ist, das übrige erledigt dann die technische Abteilung.

Ist der Arbeitgeber Pg., so steht demselben das Recht zu, dauernd auf dem laufenden gehalten zu werden."

„Auf diese Weise ist es möglich, daß die einzelnen Betriebe nach und nach von all den schädlichen Elementen gesäubert werden und eine große Anzahl unserer Pg. in den Betrieben Arbeit finden wird. Auch dürfte solches Adressenmaterial nach unserer Machtergreifung von großer Bedeutung sein,

um mit den Feinden des deutschen Volkes ein für allemal aufzuräumen."

Aus den abgeleugneten „Vertraulichen Richtlinien" der Nazi-Betriebszellen-Abteilung.

Im allgemeinen sind die Transmissionen, Triebwerke usw. verhältnismäßig leicht zu schützen. Um so mehr muß es verwundern, wenn der Schutz gerade an diesen Stellen in so großem Umfange versagt hat und erst gefordert werden mußte. Folgender Unfall dürfte für unsere Kollegen der Ölindustrie besonders beachtenswert sein:

„In einer Ölmühle bemerkte ein Walzenstuhlführer, daß sich das untere Walzenpaar eines doppelten Brechers festgesetzt hatte. Er nahm die Verkleidung teilweise ab und fühlte nach dem oberen Walzenpaar, ob dieses ebenfalls verschanzt sei. Dabei wurde die Hand von den Walzen erfaßt und Hand und Arm zerquetscht. Der Verletzte hatte das untere Walzenpaar abgestellt, jedoch die oberen Walzen auszurücken vergessen."

Auch dieses Beispiel spricht für sich selbst. Wir haben einige Beispiele von den zahlreichen Fällen herausgegriffen, um zu zeigen, wie nicht gearbeitet werden soll.

Von dem technischen Aufsichtsdienst der BG. wurden im Jahre 1931 4248 Betriebe revidiert. Der Prozentsatz der revidierten Betriebe ist verhältnismäßig klein. Zu der Berufsgenossenschaft gehören eine Unmenge kleinerer Betriebe. Gerade in diesen Kleinbetrieben läßt aber die Durchführung des Unfallschutzes viel zu wünschen übrig. Um dem Unfallschutz den nötigen Nachdruck zu verschaffen, mußten 2854 schriftliche Anordnungen bzw. Zustellungen an die Betriebe erfolgen. Die Gesamtzahl der festgestellten Verstöße gegen die UVV. betrug 8894. Verstöße wurden festgestellt bei:

Fehlen von Verwehrungen an Schwungrädern, Getrieben und Riemen der Kraftmaschinen	561
Fehlen von Verwehrungen an liegenden und stehenden Wellen, Getrieben und Riemenscheiben	2246
Nichtverkleidete Keile, vorstehende Schraubenköpfe und dergl. an bewegten Triebwerksteilen	320
Fehlen von Verwehrungen an Zahnrädern, Reibungsrädern, Kettengetrieben, Schnecken und dergl.	795
Fehlen von Verwehrungen an Riemenscheiben und sonstigen Rädern der Müllereimaschinen	961
Fehlen von Schutzrosten über den Walzen der Walzenstühle	1392
Fehlen von Schutzvorrichtungen an Kreissägen	401

(Fortsetzung folgt.)

Verschiedene Industrien

Arbeitslosenversicherung der Hausgewerbetreibenden und Heimarbeiter.

Die Arbeitslosenversicherung der Hausgewerbetreibenden und Heimarbeiter war bisher durch eine Verordnung des Verwaltungsrats der Reichsanstalt geregelt. Diese Verordnung wurde durch die Notverordnungen vom 5. Juni 1931 bzw. 6. Oktober 1931 in ihrer Geltungsdauer jedoch bis zum 30. Juni d. J. befristet. Mit diesem Tage wären grundsätzlich alle Heimarbeiter und Hausgewerbetreibenden versicherungsfrei geworden, soweit nicht der Verwaltungsrat der Reichsanstalt anders bestimmte. Jedoch hat der Verwaltungsrat vorerst den Beschluß gefaßt, die geltende Regelung noch bis zum 30. September d. J. zu verlängern. In der Zwischenzeit soll über etwaige Änderungen des jetzigen Rechtszustandes weiterverhandelt werden.

Die Hausgewerbetreibenden und Heimarbeiter bleiben demnach vorläufig im bisherigen Umfang in der Arbeitslosenversicherung. Die Bedeutung dieser Maßnahme ist freilich nicht mehr allzu groß, weil die Versicherungsleistungen den Leistungen der öffentlichen Fürsorge ohnedies weitgehend angeglichen werden.

Frauenfragen.

Kolleginnen, werbt für die Freiheitsliste!

Der Mordterror der SA. tobt durch die deutschen Gaue. Tatenlos sieht die Reichsregierung zu, wie täglich seit der Aufhebung des Uniformverbotes Arbeiterblut fließt. Die Lebenshaltung der breiten Masse wird immer mehr herabgedrückt, seit die von Hitler tolerierte Papen-Schleicher-Regierung am Ruder ist. Die Drahtzieher im Hitlerlager werden nervös, weil die Aussicht, zur Macht zu kommen, d. h. die Mehrheit der Stimmen am 31. Juli zu erhalten, immer geringer wird. Seit die Eiserne Front marschiert, kennt die Wut gegen die Marxisten keine Grenzen mehr. Gerade das müßte uns Frauen zu denken geben und besonderer Anlaß sein, die letzten Tage vor der entscheidenden Wahl auszunutzen, um allen Wankelmütigen und Verzweifelten die Wahrheit zu sagen. Die Freiheitsliste der Sozialdemokratischen Partei muß über die gefährlichen Pläne der Junkerregierung triumphierend zum Siege geführt werden.

Kolleginnen, denkt an eure Familie, denkt daran, was der Arbeiterklasse blühen würde! Denkt aber auch daran, daß es mit den Frauenrechten vorbei wäre, wenn es uns nicht gelingt, die Herren aus dem Adelsklub wieder aus der Regierung zu verjagen und Hitler in die Flucht zu schlagen. Unsere Aufgabe ist es, überall, im Betrieb, bei Bekannten und Verwandten, beim Einkauf, bei jeder Unterhaltung zu werben für die Liste 1!

Vergeßt nicht, immer wieder und überall zu sagen, daß das Mitbestimmungsrecht der Arbeiterklasse und die ganze soziale Gesetzgebung in Gefahr sind! Macht auf den arbeiterfeindlichen Standpunkt der Regierung aufmerksam, wonach der deutsche Staat eine „Wohlfahrtsanstalt" sei und „die moralischen Kräfte der Nation" geschwächt habe!

Vergeßt nicht, allen denen, die uns fernstehen, zu sagen, daß diese Regierung Papen-Schleicher, die dem Volke so ungeheure Belastungen auferlegt, im Einvernehmen zwischen Hitler und dem Reichswehrgeneral Schleicher, dem jetzigen Reichswehrminister, gebildet wurde!

Vergeßt nicht, allen denen, die es noch nicht wissen, zu sagen, daß es die Sozialdemokratie war, die dieser Regierung sofort das stärkste Mißtrauen ausgesprochen hat und verlangte, daß die unerhörten Belastungen der breiten Volksmassen beseitigt würden!

Vergeßt nicht, wenn ihr mit Arbeitslosen, Kurzarbeitern und Frauen diskutiert, immer wieder zu betonen, daß die freien Gewerkschaften und die Sozialdemokratie die größten Anstrengungen machten im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, für Arbeit und Brot!

Vergeßt nicht, die Hitler-Anhänger zu fragen, was die Nazis, was Frick, Goebbels, Röhm oder Herr Hitler (als Regierungsrat von Braunschweig) getan haben, um die Arbeitslosigkeit einzudämmen und die Lebenslage der Arbeiterfamilien zu heben! Weist den Hitler-Anhängern nach, daß die Nazis überhaupt nichts taten, nicht einmal dort, wo die Nazis in der Mehrheit sind und schrankenlos herrschen!

Vergeßt nicht, zu sagen, daß, je größer die Zahl der Hitler-Anhänger wurde, je stärker die Hitlerpartei in die Parlamente zog, das zur Folge hatte: Steigen der Arbeitslosigkeit, Sinken der Kaufkraft und somit Verschärfung der Krise!

Vergeßt nicht, darauf hinzuweisen, daß, je mehr Hitlerstimmen kamen, um so größer die Not und das Elend der Arbeitermassen wurde! Die Notverordnung vom 15. Juni, die den Arbeitslosen die Unterstützung raubt und den Rentnern die kärglichen Renten kürzt, dem Arbeiterkinde das Salz stiehlt und neue Massensteuern bringt, ist nur Hitler zu danken.

Vergeßt nicht, überall zu sagen, diese Notverordnung ist eine Hitler-Notverordnung! Sie soll der erste Schritt ins Dritte Reich, ins Hitler-Reich, sein.

Kolleginnen, denkt daran, daß ein Erstarken der nationalen Front Kriegsgefahr, Rüstungswahnsinn und Massenmorden bedeutet! Ihr müßt euch mitkämpfend einreihen in die starke Abwehrfront der Arbeiterschaft, in die Eiserne Front! Denkt daran, daß Naziabgeordnete im Preußischen Landtag unsere sozialistischen weiblichen Abgeordneten „dumme Ziegen" nannten, die ihre Söhne nur gebären sollten, damit sie im Kriege zusammengeschossen werden können! Zieht daraus die Schlußfolgerungen: Werbt! Agitiert! Kämpft mit! A. Z.

So denken die Nazis von den Arbeiterfrauen!

Die Nazi-Abgeordneten des Preußischen Landtages haben in einer Erklärung bestritten, die sozialdemokratischen Frauen und Mütter in der bekannten Weise beschimpft zu haben. „Schon die Hochachtung, die der Nationalsozialismus der Mutter und Frau entgegenbringt, mache eine solche Äußerung eines Nationalsozialisten unmöglich", so heißt es am Schluß dieser Erklärung.

Wie es tatsächlich mit dieser „Hochachtung vor der Frau" bestellt ist, zeigt ein Artikel der von dem ostpreußischen Gauleiter der NSDAP., Reichstagsabgeordneten Koch, herausgegebenen „Preußischen Zeitung", in dem über den Umzug der „Antifaschisten" in Königsberg berichtet wird.

Die in diesem Artikel der Nazi-Zeitung enthaltenen Beleidigungen der Frau, insbesondere der Arbeiterfrau, sind kaum zu überbieten.

Sie geben ein klares Bild von der Stellung des Nationalsozialismus zur Frau.

In dem Artikel der „Preußischen Zeitung" vom 6. Juli heißt es u. a.: „Hinter den roten Fahnen Alljudas marschierten die Marxisten in Zügen, mit Ziegen älteren und jüngeren Datums. Diese Weiblichkeit ist ein Kapitel für sich. Außer einigen auf gut

* Die in Klammern stehenden Zahlen sind diejenigen des Vorjahres.

proletarisch und weltrrrevolutionär aufgemachten älteren Schrauben mit neckischen Jakobinermützchen sah man

eine Schar von Mastgänsen,

die watschelig ihr Fett spazieren führten. Unter ihnen eine Anzahl, die mit werkvollen Wolljumpern in der Farbe der Unschuld gekleidet war. Unter den Jumpern wuppte weniger das Herz als der Fettbusen. Der Marsch stimmte uns mitleidig, denn konnte man

bei der roten „Dämlichkeit" von Gewatschel sprechen,

so mußte man von den Männern sagen, daß von einem revolutionären Schritt nichts zu merken war. Die Kommune hat auch nichts mehr zu bestellen, das wissen die Jungs wie die „Jungfern" genau. Im übrigen ist es eine Schande, daß das moskowitische Verbrechergesindel in deutschen Straßen demonstrieren darf. Mag das Pack nach dem besungenen Sowjetparadies ziehen!" Ziegen, Gänse, Verbrechergesindel und Pack — das ist die wahre Meinung der Nazis von der Arbeitermutter und Arbeiterfrau. Das ist der Geist, aus dem heraus die Nazis den Müttern kriegsgefallener Arbeiter gemeinste Beleidigungen zuriefen, die sie trotz aller Ableugnungsversuche durch derartige gemeine Artikel immer von neuem bestätigen. („Vorwärts", Nr. 324.)

Berichte aus den Zahlstellen.

Ansbach. 25 Jahre Zahlstelle. Zu einer schlichten, den Verhältnissen der Zeit angepaßten Feier hatten sich an einem Sonnabendabend zahlreiche Kolleginnen und Kollegen des Fabrikarbeiterverbandes im Gewerkschaftshaus eingefunden. Galt es doch, das 25jährige Bestehen der Zahlstelle Ansbach würdig zu begehen und jenen Kolleginnen und Kollegen, die in diesem Jahre auf eine 25jährige Verbandszugehörigkeit mit Stolz zurückblicken können, die verdiente Ehrung zuteil werden zu lassen. Nach der Begrüßung durch den Kollegen Dürner ergriff der Gauleiter Kollege Schmaus das Wort zur Festrede. Die Gründung der Zahlstelle Ansbach erfolgte im März des Jahres 1907 durch zehn mutige und einsichtige Arbeiter. Allen Widerwärtigkeiten zum Trotz entwickelte sich die Zahlstelle außerordentlich gut, bis der Kriegsausbruch der Aufwärtsentwicklung ein jähes Ende bereitete. Leider forderte der Krieg eine große Anzahl von Kollegen zum Opfer. Das Kriegsende brachte wie überall auch der Organisation am Orte einen raschen Aufschwung. Während der Inflationszeit ging zwar die Mitgliederzahl zurück, doch gelang es in den Jahren 1924 bis 1926, diese wieder gewaltig aufzuholen. Dann befaßte sich Kollege Schmaus eingehend mit den Ursachen der Wirtschaftskrise, die nur im Versagen des kapitalistischen Wirtschaftssystems zu suchen sind. Dieser versagende Kapitalismus ist es, der sich in den Nationalsozialisten einen Sturmtrupp gegen die aufwärtsstrebende Arbeiterschaft geschaffen hat. Mit Hilfe dieser Kapitalsknechte vom Hakenkreuz will das Unternehmertum die Arbeiterschaft niederknüppeln, doch wird die deutsche Arbeiterschaft, die schon weit Schwereres überstanden hat, auch diese Zeit zu überwinden wissen. Bei der Ehrung der Jubilare hob Kollege Schmaus besonders hervor, daß sich unter diesen drei Kolleginnen sowie der 1. Vorsitzende und der Kassierer der Zahlstelle befinden, deren Verdienste um die Organisation am Orte er besonders würdigte. Allen Jubilaren entbot er namens des Hauptvorstandes und der Gauleitung die herzlichsten Grüße und Glückwünsche, daran die Hoffnung knüpfend, daß sie auch weiterhin mit derselben Treue wie in den verflossenen 25 Jahren der Organisation dienen mögen zum Wohle der gesamten Arbeiterbewegung. Dann überreichte Kollege Schmaus neben der silbernen Ehrennadel und der Ehrenurkunde ein kleines Präsent an die Kolleginnen: Hartmann, Margarete, Strei, Elise, und Iglthaler, Kuni, sowie an die Kollegen: Walz, Konrad, Hölzer, Georg, Stadtler, Franz, Horndasch, Adam, Hahn, Michael, Büttner, Johann, und Körber, Johann. Für den Ortsausschuß des ADGB., dessen Verwaltung nahezu vollzählig an der Jubelfeier teilnahm, übermittelten die Kollegen Kleemann und Fischer die Glückwünsche. Dann dankte Kollege Walz in längeren Ausführungen namens der Jubilare für die ihnen zuteil gewordene Ehrung und gelobte, auch fernerhin nicht nur in alter Treue dem Verbande zu dienen, sondern trotz seiner alten Tage zur Stelle zu sein, wenn die Eiserne Front zum Endkampfe ruft.

Augsburg. Unsere Generalversammlung, die am 3. Juli im Volkshaus Augsburg tagte und vom Vorsitzenden der Zahlstelle, Kollegen Lehrl, geleitet wurde, war sehr gut besucht. Zuerst hielt Kollege Sturm einen Vortrag über die wirtschaftliche und politische Lage, dem sich der Geschäfts- und Kassenbericht des letzten Quartals anschloß. Der Vortrag wurde beifällig aufgenommen. Auch die folgende Diskussion bewegte sich in zustimmendem Sinne. Auf Antrag des Kollegen Ruppenstein, der den Revisionsbericht gab, wurde dem Geschäftsführer Entlastung erteilt. Hierauf sprach der Gauleiter Kollege Weber über die Ursachen und Gründe, die zu dem Abbau unserer Unterstützungseinrichtungen führten, und anschließend über „Aufbau des Vertrauensmännersystems". Auch dieser Vortrag wurde mit großem Beifall quittiert. In der sehr lebhaften Diskussion wurde festgestellt, daß in einigen Betrieben dieses System bereits besteht und in den übrigen nun ebenfalls eingeführt werden soll. Kollege Sturm wurde mit der Durchführung beauftragt. Nachdem der Vorsitzende nochmals an alle Kolleginnen und Kollegen einen Appell richtete, für die kommende Reichstagswahl kräftig zu agitieren und in der Eisernen Front eifrig zu arbeiten, wurde die Versammlung geschlossen.

Stettin. Am Sonnabend, dem 9. Juli, tagte im Volkshause unsere Generalversammlung. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurden die verstorbenen Kollegen in der üblichen Weise geehrt. Den Kassenbericht vom 2. Quartal erstattete Kollege Gielow. Die Hauptkasse hatte u. a. folgende Ausgaben: für Arbeitslose 8024,50 Mk., für Kranke 2361,45 Mk., für Invaliden 7777,35 Mk., für Sterbegeld 1323 Mk. Dem Kassierer wurde auf Antrag der Revisoren einstimmig Entlastung erteilt. Kollege Geiger, Mitglied des Hauptvorstandes (Hannover), referierte über das Thema „Die Organisation in der Wirtschaftskrise" und führte etwa folgendes aus: Die Unternehmer schreien nach den Preußenwahlen mehr denn je nach freier Bahn, um die Macht über die Arbeiterklasse restlos ausüben zu können. Die Rechtskreise verbreiten die Lüge, das System in Deutschland sei schuld, daß wir 6 Millionen Arbeitslose haben. Auch die Gewerkschaften seien schuld, daß die Arbeitslosigkeit den hohen Grad erreicht hat. Es gibt leider genug irregeleitete Arbeiter, welche den Einflüsterungen der Unternehmer glauben, daß Arbeit genug wäre, um die Arbeitslosen unterzubringen, wenn 35 Pf. je Stunde gezahlt würden. Gegen die Sozialversicherung wird mit allen Mitteln gehetzt, dabei übersehen diese Irriehrer vollkommen, daß die übrigen Industrieländer, die [illegible] Sozialversicherung haben, von derselben oder ähnlicher [illegible]slosigkeit betroffen sind. Die demagogischen und gehässigen Angriffe der Söldlinge des Unternehmertums werden an der organisierten Arbeiterschaft abprallen. Nicht der Marxismus ist schuld an den Verhältnissen, sondern das kapitalistische System mit seiner anarchischen Überproduktion und der planlosen Wirtschaft. Die letzten Wahlen zeigen uns, daß die Gegner der Demokratie und der Republik an Macht gewonnen haben und gegenwärtig mit Lügen, Verdrehungen und Entstellungen alles daran setzen, um die Arbeiterklasse zu versklaven. Für die freiorganisierte Arbeiterschaft und deren Funktionäre heißt es jetzt, alle Kräfte aufzubieten, um das zu verhindern. Die Unternehmer fordern ferner die Beseitigung des Schlichtungswesens, das der Arbeiterschaft manche Vorteile gebracht hat. Die von Hitler gestützte Regierung von Papen hat uns Notverordnungen gebracht, die die Arbeiterschaft und besonders die Arbeitslosen schwer schädigen. Die Nazis stützen die Rechtsregierung und sind für deren Taten mit verantwortlich. Die Regierung Brüning war nicht unsere Regierung, sondern rein bürgerlich, sie kam aber den Forderungen der freien Gewerkschaften entgegen und wollte 50 000 Siedlungsstellen schaffen, wodurch ungefähr 600 000 Arbeiter Arbeit und Brot gefunden hätten. Reichskanzler von Papen erklärt, die vorherigen Regierungen hätten aus Deutschland eine Wohlfahrtsanstalt gemacht, er verkennt hierbei aber vollkommen, daß die Unternehmer Deutschlands Millionen über Millionen Subventionen vom Staate auf Kosten der Steuerzahler erhielten. Der Wille der Reaktion ist, sämtliche Sozialversicherungen abzuschaffen, damit die Arbeiter zu jedem angebotenen Lohn Arbeit annehmen müssen. Auch die Zollpolitik Deutschlands ist nicht von arbeiterfreundlichen Grundsätzen getragen. Die kapitalistische Wirtschafts-Unordnung schädigt die Arbeiterklasse schwer. Die freien Gewerkschaften unterbreiteten ein Rettungsprogramm, das leider von den Gegnern sabotiert wird. Wir müssen unbedingt zur Planwirtschaft, aufgebaut auf den Bedarf, gelangen, um Krisen für die Zukunft auszuschalten. Unseren Gegnern von links rufen wir zu: „Hinein in unsere Einheitsfront, helft die gemeinsamen Gegner überwinden!" Der Glaube an unsere Mission treibt uns vorwärts, und die Befreiung der Arbeiterklasse vom Druck des Kapitals wird gelingen, wenn die gesamte Arbeiterschaft Mitkämpfer in den freien Gewerkschaften wird und alle Kraft anspannt, um am 31. Juli den Sieg an die sozialistischen Fahnen zu heften. — Den Ausführungen des Referenten, sehr oft durch starken Beifall unterbrochen, wurde am Schlusse mit begeistertem Rufe „Freiheit!" zugestimmt.

R. Lersow.

Was Nazi-Betriebsräte zu tun haben.

„Werden eigene Betriebszeitungen herausgegeben, so sind in allen Illustrationen und im Text die Herren Arbeitgeber und leitenden Beamten (außer es seien Juden) nach größter Möglichkeit nicht zu kritisieren. Ist es unumgänglich notwendig, dann in maßvoller Form."

„Wichtig ist noch, die Herren Pg.-Arbeitgeber darauf hinzuweisen, daß bei eventuellen Lohnsenkungsaktionen eine nationalsozialistische Belegschaft der wirtschaftlichen Lage immer ein anderes Verständnis entgegenbringen würde als eine marxistisch verhetzte."

„Der NSBO.-Betriebsrat ist in erster Linie nur der Partei und Bewegung verantwortlich. Die Anordnungen des Führers und der Partei sind allein für ihn maßgebend. Das Betriebsrätegesetz ist nur eine Frage der Taktik für denselben."

Aus den abgeleugneten „Vertraulichen Richtlinien" der Nazi-Betriebszellen-Abteilung.

Rundschau.

Das italienische Vorbild der Nazis.

Das Staatsziel der deutschen Nazis ist das Mussolini-Italien. Hitler soll oder will den Diktator spielen, gestützt auf den Terror der SA.- und SS.-Banden. Wie in Italien die faschistische Miliz, so sollen Hitlers „rauhe Kämpfer" in Deutschland hausen. Auf diese „Arbeit" werden sie in diesen Wochen mit Hochdruck gedrillt. Der Naziführer Dr. Buttmann hat kürzlich in einer bayerischen Versammlung unter dem tosenden Beifall seiner Gesellschaft folgendes ausgeführt:

„Die SA. und SS. haben später in Deutschland dieselbe Aufgabe zu erfüllen, wie in Italien die faschistische Miliz: die Kontrolle und Stärkung der Selbstzucht der Bevölkerung. So wie heute in Italien die Schwarzhemden überall, sogar in der Eisenbahn, zu finden sind, um nach Fluchern und Zotenreißern zu suchen, so müssen SA. und SS. einmal das deutsche Volk erziehen und kontrollieren."

Über das, was die SA.- und SS.-Banden im Dritten Reich sein sollen, herrscht nun also volle Klarheit. Auch darüber, wie sie das deutsche Volk „erziehen und kontrollieren" sollen, nämlich nach dem Muster der italienischen faschistischen Miliz. Wie diese arbeitet, dafür ein kleines Beispiel:

In Neapel wurden unlängst einige Arbeiter verhaftet, die im Verdacht standen, eine sozialistische Gesinnung zu haben. Das ist in dem faschistischen Italien schon ein schweres Verbrechen. Die Arbeiter machten aus ihrer sozialistischen Einstellung kein Hehl, sie bestritten aber entschieden, irgend etwas Strafbares begangen zu haben. Dabei blieben sie auch trotz der unmenschlichen Behandlung im Gefängnis. Nun ging die faschistische Miliz dazu über, Material gegen diese Arbeiter zu beschaffen. Einer ihrer Freunde wurde verhaftet und derart „erzogen", daß er wider besseres Wissens und schweren Herzens seine Kameraden belastete. Über seine Behandlung im Gefängnis schreibt die Korrespondenz „Italia":

„Der Arbeiter wurde tagelang auf den nackten Körper mit dem Ochsenziemer geschlagen. Als er trotzdem nicht das aussagte, was die Miliz von ihm wissen wollte, ließ man seine Frau und zwei kleine Kinder ins Gefängnis kommen, und in deren Gegenwart schlug man ihn so lange, bis sein ganzer Körper von Blut überströmt war. Als er dann auch noch ehrlich blieb, griffen die Faschisten zum äußersten: man zog die Kinder aus und schlug vor den Augen des Vaters ihre Leiber blutig. Das ging über die Kraft des Arbeiters. Um seine lieben Kinder vor weiteren viehischen Mißhandlungen zu bewahren, legte er das von der Miliz gewünschte ‚Geständnis' ab."

So sieht das faschistische Vorbild der Nazis aus. Daß es nicht Wirklichkeit wird, dafür sorgt die deutsche Arbeiterschaft, die am 31. Juli sozialdemokratisch wählt!

Geheime Wahl!

Von Herrn Elard von Oldenburg, Herrn auf Januschau, politischem Drahtzieher weiland bei S. M., dem Verflossenen, Gutsnachbarn des Herrn Reichspräsidenten, erzählt O. B. Server (in dem Buch „Matadore der Politik", Universitas-Verlag) folgende ergötzliche Geschichte: Die „geheime" Wahl wurde in der Vorkriegszeit auf dem Gut Januschau so durchgeführt, daß die Landarbeiter Umschläge mit dem eingelegten konservativen Stimmzettel bekamen. Und wenn ein ganz Unverschämter nachsehen wollte, was er denn nun eigentlich in die Urne warf, da setzte es eine Kopfnuß vom Inspektor: „Watt, du Lorbaß, weeßt nicht, Wahl is doch jeheim!"

Verbandsnachrichten.

Die Abrechnung für das 2. Quartal haben eingesandt:

Gau 1: Gr.-Rhüden, Fürstenberg, Braunschweig, Walsrode, Minden, Schildhorst, Stadthagen, Visselhövede, Bielefeld, Celle, Hannover, Peine, Ülzen, Osterode, Nienburg, Osnabrück, Bramsche, Gifhorn, Gronau, Gr.-Häuslingen, Lachendorf, Detmold, Hameln, Obernkirchen, Soltau, Freden, Lübbecke, Hann.-Münden, Westerberg.

Gau 2: Bernburg, Hessen, Kalbe, Elsterwerda, Königslutter, Hornburg, Harzgerode, Hettstedt, Mühlberg, Staßfurt, Stendal, Bitterfeld, Burg, Elbingerode, Genthin, Goldbeck, Halberstadt, Neuhaldensleben, Koswig, Magdeburg, Oschersleben, Torgau, Wittenberg, Eilenburg, Schönebeck, Dessau, Helmstedt, Loburg, Wustrow, Halle, Herzberg, Klötze, Köthen, Mückenberg, Rogätz, Seehausen.

Gau 3: Luckenwalde, Potsdam, Zehdenick, Baruth, Brandenburg, Gr.-Besten, Kottbus, Müncheberg, Neuruppin, Rathenow, Landsberg, Nauen, Oderberg, Vordamm, Deutsch-Krone, Eberswalde, Finow, Frankfurt, Gransee, Havelberg, Oranienburg, Sommerfeld, Wittenberge, Guben, Velten, Freienwalde, Klausdorf, Pritzwalk, Trebbin, Treuenbrietzen, Züllichau, Flatow, Herzfelde, Küstrin, Arnswalde, Prenzlau, Rheinsberg, Rüdersdorf, Schwiebus, Storkow, Töpchin.

Gau 4: Jarmen, Lübz, Pyritz, Grevesmühlen, Hohenkrug, Barth, Friedland, Greifenberg, Greifenhagen, Dömitz, Greifswald, Güstrow, Hagenow, Kammin, Lauenburg, Neustrelitz, Schwerin, Stavenhagen, Stralsund, Wismar, Wittenburg, Fürstenberg, Bruel, Bützow, Goldberg, Körlin, Parchim, Plathe, Stargard, Strelitz, Waren, Anklam, Stettin, Tessin, Doberan, Dramburg, Gollnow, Grabow, Köslin, Lebbin, Lübtheen, Malchin, Neubrandenburg, Neustettin, Rostock, Treptow, Ückermünde, Warnemünde, Zarnglaff.

Gau 5: Tilsit, Elbing, Insterburg, Königsberg, Braunsberg, Wormditt.

Gau 6: Hirschberg, Breslau, Liegnitz, Waldenburg, Weißwasser, Glatz, Ratibor, Bunzlau, Glogau, Münsterberg.

Gau 7: Waldheim, Döbeln, Strehla, Annaberg, Chemnitz, Lausick, Leipzig, Meißen, Plauen, Radeburg, Riesa, Schwepnitz, Zwickau, Aue, Heidenau, Radeberg, Sebnitz, Wurzen, Großenhain, Freiberg, Markranstädt, Ottendorf-Okrilla.

Gau 8: Breitenstein, Erfurt, Greußen, Gräfenthal, Triptis, Auma, Bleicherode, Eisenberg, Gotha, Jecha, Jena, Könitz, Stadtlengsfeld, Tannroda, Waltershausen, Altenburg, Salzungen, Zeitz, Gräfenroda, Fraureuth, Jena, Treffurt, Arnstadt, Blankenhain, Ilmenau, Lützen, Niedersachswerfen, Rodach, Rudolstadt, Schleusingen, Wallhausen.

Gau 9: Aschaffenburg, Windheim, Fürth, Waldsassen, Mitterteich, Erlangen, Hof, Lohr, Oberkotzau, Selb, Schweinfurt, Hohenberg, Regensburg, Rehau, Schönwald, Weiden, Ebersdorf, Karlstadt, Küps, Stockheim, Tirschenreuth, Warmensteinach, Windsheim, Tettau, Weißenburg, Forchheim, Kipfenberg, Neumarkt, Nürnberg, Schirnding, Stadtsteinach, Thiersheim, Schwabach.

Gau 10: Marienstein, Miesbach, Bruckmühl, Augsburg, Mainburg, Altötting, Fleck, Landshut, Moosburg, München, Neuburg, Deggendorf, Kempten, Freising, Schrobenhausen, Türkheim, Straubing, Gmund, Oberau, Rosenheim.

Gau 11: Dürrheim, Göppingen, Eßlingen, Freudenstadt, Stuttgart, Schramberg, Balingen, Heilbronn, Pforzheim, Singen, Offenburg, St.-Georgen.

Gau 12: Kaiserslautern, Eisenberg, Ladenburg, Birkenfeld, Neustadt, Rheinzabern, Ludwigshafen, Saarbrücken, Mannheim, Heidelberg.

Gau 13: Darmstadt, Gießen, Offenbach, Hanau, Höchst, Worms.

Gau 14: Bonn, Leverkusen, Neuwied, Krefeld, Kreuznach, Goch, Gummersbach, Aachen, Bendorf, Stolberg, Andernach, Solingen.

Gau 15: Marne, Brunsbüttelkoog, Bremen, Elsfleth, Flensburg, Stade, Friedrichstadt, Glückstadt, Lauenburg, Lübeck, Itzehoe, Delmenhorst, Boizenburg, Brake, Geestthacht, Leer, Oldenburg, Varel.

Gau 16: Dortmund, Dahlhausen, Düsseldorf, Lünen, Recklinghausen, Essen, Neubeckum, Witten, Duisburg, Raxel, Bochum, Wuppertal, Emmerich, Hagen, Hemer, Herdecke, Würgendorf.

Dank der Jubilare.

Aus Anlaß unseres Jubiläums als Verbandsangestellte sind uns von allen Seiten so viele Glückwünsche und Beweise kameradschaftlicher Treue zugegangen, daß es uns nicht möglich ist, jedem einzelnen zu danken. Wir sprechen deshalb auf diesem Wege allen, die in so freundschaftlicher Weise unser gedacht haben, hiermit unseren herzlichen Dank aus.

Graf (Hannover). Hartleib (Hannover).

Die Zahlstelle Hameln

gibt an durchreisende Kollegen keine Lokalgeschenke mehr.

Ausgeschlossen

wurden auf Grund des § 14 Ziffer 3a und d in Verbindung mit § 14 Ziffer 5 des Statuts die bisherigen Mitglieder der Zahlstellen: Goch: Peter Knops, Mitgl.-Nr. 1 069 738, Valentin Hans, Mitgl.-Nr. 1 183 550; Oranienburg: Emil Griep, Mitgl.-Nr. S II 538 852.

Literarisches.

Die „Geschichte der politischen Parteien in Deutschland" von Professor Doktor L. Bergsträßer ist soeben in 6. vermehrter Auflage erschienen. Bergsträßer gibt einen zuverlässigen, kurzgefaßten, aber doch gründlichen Überblick über die Geschichte, die Programme und Ziele aller Parteien, der mit den Anfängen der Parteienentwicklung beginnt und bis zur Gegenwart führt. Auch die politischen Vorgänge der allerjüngsten Zeit sind bereits behandelt. Gerade jetzt vor den Wahlen wird der politisch interessierte Staatsbürger in diesem vorzüglichen Handbuch Auskunft über viele wichtige und aktuelle Fragen finden. Es ist im Verlag J. Bensheimer, Mannheim, Berlin, Leipzig, erschienen und kostet in Halbleinen gebunden 3,60 Mk.

„Blick in das neue Preußen." Ein politisches Bilderbuch. Die von der Verlagsgesellschaft des ADGB. als Organisationsausgabe vertriebene kleine Schrift zeigt, was in den 13 Jahren seit dem Novemberumsturz des Jahres 1918 der Volksstaat Preußen geleistet hat. Der Weg vom Obrigkeitsstaat zum Staat des Volkes wird in kurzen, knappen Textzeilen durch 76 sprechende Bilder und Zeichnungen ergänzt und erweitert dargestellt. Man sieht die ungeheure Leistung, den alten Obrigkeitsstaat mit seiner ganz einseitig eingestellten Verwaltungsorganisation umzustellen in den modernen Staatsapparat Preußens. Jede Zahl, jedes Schaubild dieser Broschüre zeigt den gewaltigen Unterschied zwischen dem Preußen des Dreiklassenwahlrechts und dem Freistaat Preußen. Bezugspreis 25 Pf. Bei Abnahme von 50 Exemplaren 15 Pf., bei Abnahme von 100 und mehr Exemplaren 12,5 Pf.

Gegen den Krieg, für den Frieden, gegen die soziale Reaktion, für den Schutz von Mutter und Kind kämpft die Arbeiterin, die sozialdemokratisch wählt!

Beilage zum Proletarier

Nummer 30 — Hannover, 23. Juli 1932 — 41. Jahrgang

Chemische Industrie

Die chemische Industrie der Welt.

I.

Die Wirtschaftskrise, die seit Jahren fast alle Länder der Welt heimsucht, hat gewaltige Störungen und Verwüstungen in vielen Wirtschaftszweigen angerichtet. Ganze Industrien sind zum Erliegen gebracht, andere ringen im erbitterten Kampf um ihr Dasein. Die chemische Industrie in allen Ländern der Welt nimmt im Zeichen dieser Wirtschaftskrise eine Ausnahmestellung ein. Wohl sind auch in dieser Industrie Zusammenbrüche und Umgruppierungen in der Zeit der Wirtschaftsnot erfolgt, als Ganzes gesehen zeigt sich jedoch, daß sich die chemische Industrie außerordentlich krisenfest erwiesen hat, und daß sie mit ungebrochenen Kräften aus dieser Krise hervorgehen wird. Das beste Bild zur Unterstreichung dieser Behauptungen gibt eine interessante Zusammenstellung über die Weltmarktlage der chemischen Industrie, die wir der Zeitschrift „Die chemische Industrie" Nr. 24 vom 11. Juni 1932 entnehmen. Die weltwirtschaftliche Verflechtung dieses heute maßgebendsten Produktionszweiges in allen Ländern der Welt dürfte auch dazu beitragen, den Unsinn einer Autarkie, wie sie heute in den Köpfen vieler bankrotter Wirtschaftsführer spukt, zu widerlegen.

Die Weltmarktlage gestaltet sich nach den Ausführungen der obengenannten Zeitschrift folgendermaßen:

Die Ausfuhr von 91 Ländern, die 99 Prozent des Weltexports umfassen, zeigt in ihrer Gesamtheit in den zwei Jahren von 1929 bis 1931 einen Rückgang auf 58 Prozent, und zwar von 136,3 auf 79,0 Milliarden Mark. Einen geringeren Rückgang zeigt die Chemikalienausfuhr der 15 Länder, die zu 95 Prozent den Weltexport chemischer Erzeugnisse bestreiten. Sie führten 1929 für 5,1 Milliarden Mark Chemikalien aus, 1931 nur noch für 3,4 Milliarden Mark oder 67,2 Prozent der erstgenannten Summe.

Diejenigen Länder, die in ihrer Gesamtausfuhr am meisten verloren haben, büßten auch am meisten in ihrer Chemikalienausfuhr ein, so Spanien und vor allem Chile, dessen Gesamtausfuhr auf 40 Prozent und dessen Chemiekalienausfuhr auf 42,9 Prozent, so Großbritannien, dessen Gesamtausfuhr auf 50 Prozent und dessen Chemieausfuhr auf 62 Prozent, so die Vereinigten Staaten, deren Gesamtausfuhr auf 46,5 Prozent und deren Chemieausfuhr auf 63,9 Prozent des Standes von 1929 zurückgingen. Am wenigsten in ihrer Chemiekalienausfuhr verloren wiederum die Länder, deren Gesamtausfuhr sich gleichfalls noch mit am besten gehalten hat, so in erster Linie Belgien, dann Deutschland, Frankreich, die Schweiz und die Niederlande. In der Mitte stehen hier wie dort Japan, Italien, Schweden und die Tschechoslowakei.

Der Anteil der einzelnen Länder am Weltmarkt chemischer Erzeugnisse geht aus folgender Tabelle hervor:

	1928		1929		1930		1931	
	in Mill. RM.	in %	in Mill. RM.	in %	in Mill. RM.	in %	in Mill. RM.	in %
Deutschland	1319	27,2	1420	27,8	1180	27,7	998	29,1
USA.	711	14,7	776	15,2	626	14,7	496	14,4
Großbritannien	682	14,1	711	13,9	598	14,0	440*	12,8
Frankreich	519	10,7	510	10,0	485	11,4	386	11,2
Chile	517	10,7	536	10,5	315	7,4	230*	6,7
Italien	242	5,0	235	4,6	199	4,7	164	4,8
Niederlande	182	3,8	186	3,6	172	4,0	158	4,6
Belgien	165	3,4	181	3,5	149	3,5	161	4,7
Schweiz	168	3,5	177	3,5	161	3,8	155	4,5
Norwegen	55	1,1	64	1,2	82	1,9	55*	1,6
Schweden	82	1,7	87	1,7	68	1,6	50*	1,5
Tschechoslowakei	50	1,0	78	1,5	75	1,8	48	1,4
Japan	73	1,5	70	1,4	70	1,6	52	1,5
Österreich	50	1,0	46	0,9	38	0,9	28	0,8
Spanien	27	0,6	38	0,7	44	1,0	15	0,4
Insgesamt	4842	100,0	5115	100,0	4262	100,0	3436	100,0

* Vorläufige Ergebnisse.

Infolge der verschiedenen Wirkungen der Weltkrise auf den Export der einzelnen Länder haben sich die Anteile am Weltmarkt der Chemie nicht unwesentlich verschoben und nähern sich teilweise wieder dem Bilde der Vorkriegszeit. Gewonnen haben in den letzten Jahren Belgien, die Niederlande, die Schweiz und Deutschland, alles Länder, die gegenüber 1913 zum Teil erhebliche Einbußen erlitten hatten. Weiter verloren haben gegenüber 1913 und in den letzten Jahren Großbritannien, Chile und Österreich. Von ihrem Gewinn in den letzten Jahren nur wenig eingebüßt haben die Vereinigten Staaten, Frankreich, Japan und Italien.

Unter den einzelnen Warengruppen haben in den letzten Jahren die typischen Massenprodukte am meisten Absatz eingebüßt, so Stickstoffdüngemittel, Superphosphat, Holz- und Harzdestillationsprodukte und Kunstseide. Am besten haben sich die stärker spezialisierten Erzeugnisse gehalten, so Pharmazeutika, Teerfarben, Photochemikalien, Schnitz- und Formstoffe. Die Zusammensetzung des Weltexports chemischer Erzeugnisse ist dadurch noch mannigfaltiger geworden als vorher. Die größte Gruppe bilden nach wie vor die Schwerchemikalien mit 17 bis 19 Prozent. Düngemittel sind um 20 bis 18 Prozent zurückgegangen. Dafür haben pharmazeutische Erzeugnisse von 9 auf 11 Prozent zugenommen. Größere Gruppen bilden außerdem nur noch Kunstseide, Teerfarben, Mineralfarben mit je etwa 8 bis 9 Prozent. Die Bedeutung aller übrigen Gruppen liegt unter 5 Prozent.

Chemikalienausfuhr der Hauptexportländer nach Warengruppen.

Schwerchemikalien

	1928	1929	1930	1931
	in Millionen Mark			
Deutschland	260	289	251	215
USA.	119	131	115	108
Großbritannien	179	180	155	120
Frankreich	84	93	80	65
Belgien	38	45	35	38
Italien	43	45	34	27
Chile	34	42	12	10
Österreich	17	14	12	9
Schweiz	11	11	10	9
Norwegen	13	12	9	7
Schweden	10	11	10	7
Niederlande	9	12	11	9
Tschechoslowakei	7	6	7	7
Japan	7	6	5	6
Spanien	4	6	9	4
Insgesamt	835	903	755	641

Am Weltmarkt für Schwerchemikalien sind fast alle Hauptexportländer beteiligt. Auffallend ist hier der Rückgang des Anteils von Chile und Italien. Auch Großbritannien hat einen größeren Verlust aufzuweisen, während Belgien, Deutschland, die Vereinigten Staaten und die Tschechoslowakei ihren Absatz gut gehalten haben.

Stickstoffdüngemittel.

	1928	1929	1930	1931
	in Millionen Mark			
Chile	483	493	303	220
Deutschland	280	280	189	141
Großbritannien	79	115	90	49
Norwegen	31	45	68	44
Niederlande	14	15	23	35
Belgien	4	11	14	25
USA.	20	31	17	20
Sonstige Länder	13	15	14	13
Insgesamt	924	1005	718	547

In der Ausfuhr von Stickstoffdüngemitteln haben Chile, Deutschland und Großbritannien die stärksten Verluste aufzuweisen, während Norwegen und die kleineren Länder ihren Anteil teilweise erheblich vergrößern konnten.

Phosphordüngemittel.

Ein ähnliches Verhältnis ist auf dem Markt der phosphorsäurehaltigen Düngemittel festzustellen. Die Niederlande und Belgien konnten ihre Anteile behaupten, während die Vereinigten Staaten, Deutschland, Frankreich und Großbritannien erheblich verloren.

	1928	1929	1930	1931
	in Millionen Mark			
Niederlande	24	22	22	18
Belgien	16	17	12	15
USA.	29	30	21	11
Großbritannien	12	13	14	9
Frankreich	17	15	13	7
Deutschland	13	16	10	5
Sonstige Länder	9	6	4	3
Insgesamt	120	119	96	68

(Fortsetzung folgt.)

Papier-Industrie

Kapitalistische Planwirtschaft in der deutschen Papierindustrie.

II.

Um den Plan der kapitalistischen Vierzigstunden-Arbeitswoche in der Papierindustrie auch scharf durchzuführen, schlugen Avè-Lallement und Genossen ihrer Hauptversammlung vor, eine Art

Stillegungs-Aktiengesellschaft

zu gründen, die mit eigenem Kapital die Stillegungsaktion durchführen soll, die „von der gesamten Papierindustrie getragen werden muß".

Welche Betriebe sollen stillgelegt werden?

Diese Frage wurde folgendermaßen beantwortet:

„Betriebe, die durch Verlust ihrer Selbstbestimmungsmöglichkeit besonders schädigend für die Gesamtindustrie wirken, werden aus dem Produktionsprozeß vorübergehend oder dauernd ausgeschaltet."

Die Finanzierung dieser Stillegungsaktion.

Darüber sagt diese kleine Kommission folgendes:

„Kommt der Gesamtausschuß (der dieser Stillegungs-AG. beratend zur Seite steht) zu dem Entschluß, daß eine Fabrik stillgelegt werden soll, sei es pachtweise, sei es durch Ankauf, so sind die hierzu erforderlichen Mittel zu einem Teil von der gesamten Papierindustrie, zum anderen Teil von speziell interessierten Gruppen aufzubringen, und zwar im Verhältnis des Wertes des Umsatzes aller Firmen."

Die Unternehmer der Papiererzeugungsindustrie, die ständig über ihre Notlage klagen und deshalb ununterbrochen Lohnabzüge verlangen, die ständig hoch und heilig beteuern, daß sie keine Mittel hätten für einen Lohnausgleich bei einer gesetzlichen Einführung der Vierzigstundenwoche oder bei einer tariflichen Regelung des Vierschichtensystems, sie schwimmen auf einmal im Gelde, wenn es sich darum handelt, eine kapitalistische Zwangsbewirtschaftung der Produktion durchzuführen.

Wir können uns nicht vorstellen, daß diese Vorschläge aufgebaut werden, ohne den Vertrauensmann der Papiererzeugungsindustrie, Rechtsanwalt Herrn Lammers, zu Rate zu ziehen. Geht man aber von dieser Voraussetzung aus, dann ist es nicht allzu schwer zu erraten, welche „Planungen, unabhängig von dem Autarkiestreben", das Präsidialmitglied Lammers bei der Tagung des Reichsverbandes der Industrie in Vorschlag brachte.

Die Kartellpolitik der Industrie.

Da Rechtsanwalt Herr Lammers nicht nur prominenter Vertreter des Reichsverbandes der deutschen Industrie, sondern auch der Unternehmerorganisationen in der Papiererzeugungsindustrie ist, dürfen seine Ausführungen bei der Tagung des Reichsverbandes auch für die Papierindustrie Bedeutung haben.

Nach dem Bericht des Reichsverbandes soll Herr Lammers sich „mit Nachdruck gegen eine falsche Planung gewandt haben, wie sie sich in dem Rufe nach Staatshilfe im Rahmen der Kartelle mehr und mehr zeigt".

Wir können diese Stellungnahme verstehen, denn Herrn Lammers ist es wirklich gelungen, die Organisation der Kartelle, Syndikate, Konventionen und sonstigen Unternehmerverbände der verschiedensten Art für die Papiererzeugungsindustrie fast restlos durchzuführen.

Die Angst, daß die Reichsregierung — und das derzeitige Adelskabinett bleibt ja nicht ewig am Ruder —, besonders wenn in ihr Arbeitervertreter sitzen, in die Geheimnisse der Kartelle hineinleuchten könnte, ist bei den sogenannten Wirtschaftsführern immer noch größer als der Ruf nach staatlicher Kartellhilfe aus dem eigenen Lager. Man muß aber auch der deutschen Industrie zugestehen, daß es ihr gelungen ist, die deutsche Produktion in recht erheblichem Ausmaße unter ihre privaten Kartelle, Syndikate usw. zu zwingen. Der Reichswirtschaftsrat hatte im Jahre 1931 rund 56 000 gebundene Preise in Deutschland ermittelt. Nach Marbach: „Kartelle, Truste und Sozialwirtschaft" hat die Kartellbildung in Deutschland folgende Entwicklung genommen:

Jahr	Kartelle	Quellenangabe
1865	4	nach Sombart,
1875	8	nach Sombart,
1887	70	nach Philippovich,
1895	143	nach Bücher,
1900	300	nach Zentralverband der deutschen Industrie,
1905	385	nach amtlicher Enquete,
1911	600	nach Tschierschky,
1922	1000	nach Liefmann,
1925	1500	nach Reichsverband der deutschen Industrie,
1930	2100	nach Wagenführ,
1931	2500	nach Reichswirtschaftsministerium.

Ferner bestanden 1931 noch rund 300 Großhandelskartelle. Dazu kommen die in der Landwirtschaft vorhandenen Absatzorganisationen. Da der Zweck der meisten dieser Kartelle ist, preistreibend zu wirken, kann man die Befürchtung des Reichsverbandes der deutschen Industrie und ihres Präsidialmitgliedes Lammers schon verstehen, daß der Ruf nach staatlicher Hilfe dazu führen könnte, daß eine arbeiter- und konsumentenfreundliche Regierung einmal veranlassen würde, in die heutige Privatpraxis der Kartelle hineinzuleuchten und vielleicht sogar Arbeitervertreter, wie im Kalibergbau, daran zu beteiligen.

Gegen die Sozialpolitik

scheinen die Ausführungen von Lammers gerichtet gewesen zu sein, wenn er auch hier von einer „falschen Methode der Planung" gesprochen haben soll.

Gegen staatliche Subv[illegible]en.

Hierzu soll Lammers folgendes ausgeführt haben:

„Die Inanspruchnahme von Subventionen zum Zwecke der Entlastung von den Folgen spekulativen Gebarens oder privatwirtschaftlicher Fehler deckt sich in keiner Form mit der Betonung des selbstverantwortlichen Individualismus, der die Folgen des eigenen Handelns bereitwillig auf sich nimmt."

Gut gebrüllt, Löwe! Wir wollen gern glauben, daß dieses die ehrliche Auffassung von Rechtsanwalt Lammers ist. Aber daß der Reichsverband wagt, diese Auffassung gewissermaßen als Gemeingut seiner Mitglieder zu veröffentlichen, ist ein starkes Stück. Die Sanierung des früheren Reichsverbandsvorsitzenden Borsig, die Sanierung von Flick und Genossen, die Fälle Lahusen und dergleichen, die Sanierung der Großbanken, der Großschiffsreedereien und die ungeheuerlichen Subventionen an den ostelbischen Großgrundbesitz — alles auf Kosten der Steuerzahler und der Lebenshaltung der Arbeiterschaft, besonders aber der Arbeitslosen — durch Staatsmittel scheinen im Reichsverband ein Kinderspiel zu sein.

Wenn der Bericht des Reichsverbandes die Ausführungen Lammer' richtig wiedergibt, soll er den Organisationen des Unternehmertums eine „Politik mit wünschenswerter Vertiefung — auch im Sinne mancher neuen Wirtschaftsideen —" empfohlen haben. Diese Wiedergabe riecht stark nach Hitlerei. Man muß aber aus diesen Ausführungen eine Schwärmerei für den Schückelgruberschen Ständestaat heraushören, wenn es im Reichsverbandsbericht weiter heißt: „Ebenso eindringlich warnte er vor jeder schematischen Planwirtschaft, deren Organe sich auf rein zahlenmäßiger Parität aufbauen."

Nun haben wir in Deutschland keine staatliche schematische Planwirtschaft. Sie ist unter einem demokratischen Regierungssystem für die gesamte Volkswirtschaft kaum zu erwarten und besteht bis heute in der Weltwirtschaft unter kommunistischer Herrschaft in Sowjetrußland und in rein kapitalistischer Form im faschistischen Italien. Wir haben zwar in Deutschland ein Ständeparlament, den Reichswirtschaftsrat, der heute noch nicht einmal ein Scheindasein mehr führt, wie etwa der Reichstag, sondern der vollkommen unter den Halbdiktatur-Regierungskarren gekommen ist. Dieser Reichswirtschaftsrat beruht als Begutachtungskörperschaft in seiner Zusammensetzung auf einer Art Parität, indem er eine Arbeitgeber- und eine Arbeitnehmerabteilung mit gleich starker Mitgliederzahl hat, wozu aber noch eine Abteilung der Wissenschaft, der freien Berufe, der Konsumenten usw. tritt, die ebenfalls über ein Drittel der Mitglieder verfügt. Trotzdem er in seinen Beschlüssen wirklich nicht revolutionär, oftmals — wenn auch gegen die Stimmen der Arbeitnehmervertreter — eher reaktionär wirkte, war er den industriellen Unternehmern und deren politischen Parteien schon immer wegen der Mitwirkung der Arbeiterschaft ein Dorn im Auge. Deshalb soll Rechtsanwalt Lammers auch weiter ausgeführt haben: „Demgegenüber sei der Gedanke geistiger Parität, der sich in manchem Streben nach ständischer Gliederung des Volkes ausdrücke, grundsätzlich voll zu bejahen."

Etwas verschwommen ausgedrückt, aber doch immer noch so deutlich, daß jeder politisch Geschulte die Sehnsucht nach dem Hitlerschen Ständestaat in italienischer Färbung herauslesen kann. Wenn Herr Lammers seinen Zuhörern weiterhin etwas von der „geistigen Bewegung, welche den Drang nach einer ständischen Verfassung hervorgerufen oder verstärkt" habe, erzählte, so beweist das, daß er geistig bereits im Fahrwasser Hitlers schwimmt. Und wenn er den Industriekapitänen von der „Verneinung des Klassenkampfes, dem Streben nach Entproletarisierung der Massen, nach ethischer Fundierung der Arbeit, dem Eigentumsgedanken und der Abkehr von einem extremen Individualismus zugunsten einer organisch-universellen Lebensauffassung, Gedanken, die weitgehend auch in der christlichen Ethik begründet erscheinen", vortrug, so beweist das ebenfalls, daß er die nationalsozialistische Phraseologie bereits in Erbpacht genommen hat. Diese nationalsozialistische Tendenz läßt sich aber, kurz ausgedrückt, in dem Satz des Regensburger Bischofs Hähnle wiedergeben: „Wer Knecht ist, soll Knecht bleiben!"

Die Arbeiterschaft der Papierindustrie weiß nun, was sie zu erwarten hat. Sie wird Farbe bekennen und ihre Schlußfolgerungen ziehen müssen. Deshalb kann die Parole nur lauten:

„Nieder mit den nationalsozialistischen Arbeiterverrätern, hinein in den Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands zur geschlossenen Abwehr! Hoch die Freiheit und Solidarität der Arbeiterklasse!"

G. Stühler.

Unterhaltung, Wissen und Bildung

Anilin

Roman von Fritz Molinar

29. Fortsetzung.

Auch die Arbeitgeber hatten getagt und nach einem Vortrag des Generaldirektors der Alfa sämtliche Firmen verpflichtet, die Forderungen der Arbeiter energisch abzuwehren. Sie selbst verlangten eine andere Einteilung des Tarifgebietes, sowie die Einführung zweier neuer Lohnklassen, mit einer Abstufung der Löhne nach unten. Also statt Lohnverbesserung eine bedeutende Verschlechterung für die Mehrzahl der Arbeiter.

In der Arbeiterpresse erschienen mehrere Artikel, in denen auf die schwere wirtschaftliche Lage der Chemiearbeiter hingewiesen wurde und ferner darauf, daß die Lage der chemischen Großindustrie so gut sei, daß eine zehnprozentige Erhöhung der Löhne durchaus tragbar sei. Die letzte Gewinnverteilung bestätige das.

Prompt erwiderten die Chemieherren in allen bürgerlichen Zeitungen: „Das Geschäft sei außergewöhnlich stark zurückgegangen, die Konkurrenz des Auslandes hätte erneut eingesetzt, die finanzielle Lage sei durchaus nicht glänzend. Ob die Höhe der vorjährigen Dividende erreicht würde, sei sehr fraglich. Da wäre eine Lohnerhöhung in dem Ausmaße, wie sie die Gewerkschaften forderten, völlig indiskutabel. Hier könnten die Schlichtungsinstanzen einmal zeigen, ob sie wirklich eine für die gesamte Volkswirtschaft nützliche Institution darstellten." Für viel Geld brachte der Generalanzeiger einen Leitartikel, in dem ein großes Lamento über die schlechte, wirtschaftliche Lage der Alfa und ihrer armen Aktionäre angestimmt wurde. Die Forderungen der Gewerkschaften seien wirtschaftsfeindlich. Die Lohnpolitik beginne sich zu einer förmlichen Diktatur auszuwachsen. Die materialistische Begehrlichkeit der Masse sei eine bedauerliche Erscheinung unserer Zeit und geradezu ein nationales Unglück. Eine Gesundung der nationalen Wirtschaft sei bei dieser Einstellung der Arbeiterschaft unmöglich. Aber das wollten die Gewerkschaften auch nicht, die lebten vom Chaos, weil durch eine gesunde Wirtschaft ihnen der Boden unter den Füßen abgegraben würde.

Peter Goßler las den Artikel den Kollegen vor. „Da müßte einem Arbeiter die Schamröte ins Gesicht steigen, der eine solche unverschämte Kampfesweise gegen die Arbeiter noch durch das Abonnement einer solchen Zeitung unterstützt", sagte er zu Mannhart, als er mit dem Vorlesen fertig war. „Die Arbeiter tun sich selbst ruinieren", erwiderte Mannhart. „Täten sie diese Generalanzeiger aus dem Hause schmeißen, dann würde vieles anders. Die Proleten sind aber zu dumm, um das zu begreifen."

Einer, der sonst ziemlich radikal eingestellt war, meinte: „Lesen tu ich überhaupt nichts da drin, ich halte ihn bloß wegen des Papiers."

Mannhart hatte recht. Wenige Arbeiter hatten eine Ahnung, was für eine Macht die bürgerliche Presse darstellt. Sie wirkt wie eine unterirdische Pumpstation, die riesige Wassermassen in ein weitverzweigtes Rohrnetz pumpt und dann durch viele unsichtbare Rinnen über ein großes Ackerfeld rieseln läßt und so dessen Fruchtbarkeit erhöht. So war es auch mit der bürgerlichen Presse. Täglich berieselt sie aus tausend feinen Röhrchen die öffentliche Meinung. Nichts geschieht, ohne daß diese Presse es nicht vorher beeinflußt, bekrittelt, gutgeheißen oder verworfen hätte. Und auch die kapitalistische Wirtschaftsordnung wäre viel leichter durch eine neue, bessere Ordnung zu ersetzen, würde sie nicht von der bürgerlichen Presse, die ebenfalls kapitalistisch ist, unterstützt, verteidigt, gepriesen, manchmal mit den verwerflichsten Mitteln. Und gar die Arbeiterschaft hätte längst ihre ökonomische Lage und ihre Klassenzugehörigkeit erkannt, ließen sich nicht viele Arbeiter von dieser Presse einschläfern, einseifen, damit sie von den Kapitalisten ungestört über den Löffel barbiert werden können

Der Tag, an dem die neuen Tariflöhne zwischen Arbeiter und Arbeitgeber festgelegt werden sollten, war gekommen. Im kleinen Saal irgendeines Gasthofes begrüßten sich die beiderseitigen Vertreter höflich, aber steif. Man begann sofort mit den Verhandlungen. Der Vorsitzende stellte fest, daß die Tarife rechtzeitig gekündigt und die Forderungen fristgemäß eingereicht worden seien. „Die Geladenen sind erschienen. Der Antrag der Arbeiter ist der weitestgehende, ich erteile dem Vertreter der Fabrikarbeiter das Wort zur Begründung der Forderungen der Arbeiter." Hollreb, der Führer der Verhandlungskommission, begründete in einer wohldurchdachten, temperamentvollen Rede die Forderungen seiner Organisation. Zuerst schilderte er die außerordentlich schweren wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeiter. An Hand von einwandfreiem Zahlenmaterial wies er nach, daß seit der letzten Lohnerhöhung der Teuerungsindex um sieben Punkte gestiegen sei. Er legte Lohntüten vor, verglich die darauf angegebenen Verdienste mit dem täglichen Bedarf an Lebensmitteln für eine Arbeiterfamilie von vier Personen und stellte an Hand von Preistabellen fest, daß mit einem solchen Hungerlohn nicht einmal die notwendigsten Lebensmittel beschafft werden konnten. Außerdem hätten die meisten Arbeiterfamilien keine ordentliche Leib- und Bettwäsche mehr. Krieg und Inflation hätten eine Neuanschaffung nicht zugelassen. Eine allgemeine Lohnerhöhung von 10 Prozent wäre also durchaus gerechtfertigt. Die günstige Wirtschaftslage, besonders in der Großindustrie, müsse sich auch für die Arbeiter auswirken. Es gehe nicht an, daß, während von Jahr zu Jahr die Dividenden steigen, die Arbeiter im Elend dahinvegetieren. Die Rentabilität der Betriebe würde durch die geforderte Lohnzulage keinesfalls beeinträchtigt. Im Gegenteil: Hohe Löhne bringen erfahrungsgemäß eine Steigerung des Konsums, wodurch eine vermehrte Nachfrage nach Konsumgütern und damit neue Produktionsmöglichkeit verursacht wird. „Ich hoffe", schloß Hollreb seine zweistündigen Ausführungen, „daß die Vertreter der Arbeitgeber sich unseren Argumenten nicht verschließen und dem Antrag meiner Organisation ihre Zustimmung geben."

Demgegenüber erklärte der Sprecher der Arbeitgeber, daß Herr Hollreb die Lage in der chemischen Industrie viel zu optimistisch beurteile. Der Absatz habe bedeutend nachgelassen. Ebenso habe die Konkurrenz im Ausland sich verstärkt. Die ausländischen Unternehmer könnten billiger produzieren, weil der Lohnanteil dort geringer sei. Ferner mache sich auch im Inland eine stärkere Depression bemerkbar. Durch erneute Belastung der Selbstkosten infolge Erhöhung des Lohnanteils entstehe eine weitere Verteuerung der Fertigfabrikate, die statt einer Besserung eine weitere Drosselung der Kaufkraft nach sich ziehe. Die Arbeitgeber verkennen nicht die schwere wirtschaftliche Lage der Arbeiter. Aber auch die Industrie ringe um ihre Existenz. Jeder müsse sich eben einschränken, bis wieder bessere Tage kämen. Er wärmte die alten Phrasen von der nationalen Volkswirtschaft, von der wirtschaftlichen Wiedergeburt des Vaterlandes wieder auf, das nur durch harte, opferbereite Arbeit wieder gesunden könne. Außerdem sei die Lohnfrage für die Arbeitgeber eine Prinzipienfrage. Mehr aus prinzipiellen Gründen seien sie nicht in der Lage, auf die Forderung der Arbeiter einzugehen. Sie schlugen daher vor, den jetzt geltenden Tarif um ein Jahr zu verlängern.

Rede wechselte mit Gegenrede. Jede Partei bemühte sich, durch Zahlenmaterial ihren Standpunkt in der Lohnfrage zu präzisieren. Die Arbeitgeber rechneten zum Stundenlohn sämtliche Akkord- und Prämienzulagen, die Anteile für die Sozialversicherung, die Ausgaben für Pensions- und Unterstützungskassen und kamen so zu einem höheren Lohn, als ihn die Gewerkschaften vorschlugen. Die Arbeitervertreter operierten mit Zahlen über die Kosten der Lebenshaltung, stellten Rechnung und Gegenrechnung auf, um zu beweisen, daß die Arbeiter mit den niedrigen Löhnen einfach nicht mehr existieren könnten. Vielfach nahmen die Auseinandersetzungen scharfe Formen an.

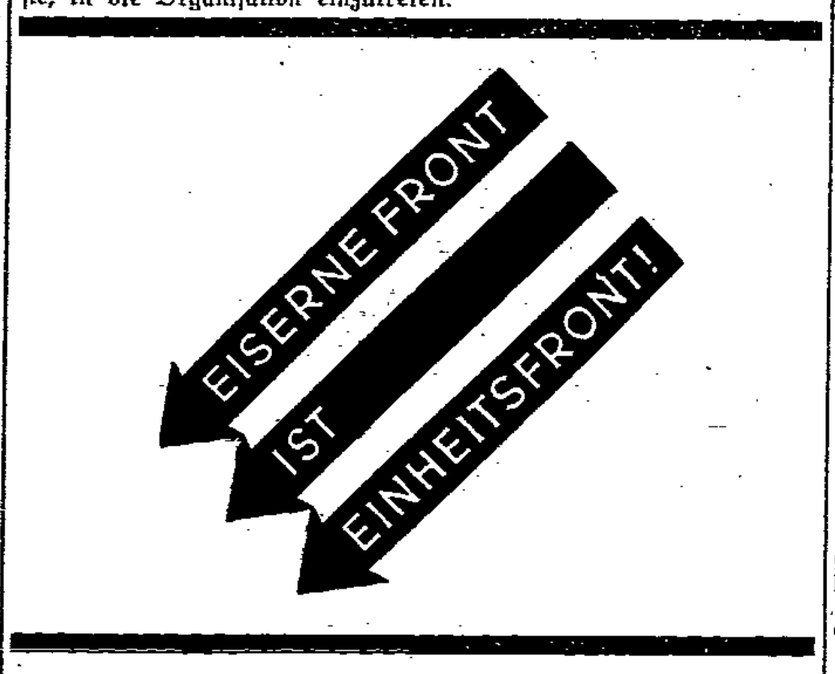
Einige kleinere Fabrikanten sagten zwar in Privatgesprächen, daß sie einer angemessenen Lohnerhöhung nicht abgeneigt seien; aber die Vertreter der Alfa gäben nicht nach, und aus der Front springen könnten sie nicht. Endlich, nach stundenlangen Verhandlungen zogen sich die Arbeitgeber zurück, um über die eingegangenen Anträge zu beraten. Nach fast einer Stunde kamen sie wieder und gaben bekannt, daß sie bereit seien, eine Lohnzulage von zwei Pfennig die Stunde zu bewilligen, wenn die Arbeitervertreter einer Dreiteilung der Lohnklassen zustimmen würden. Diese Dreiteilung war so gedacht, daß die erste Klasse zwei Pfennig mehr erhielt, die zweite so belassen wurde und die dritte eine Reduzierung von zwei Pfennig je Stunde tragen sollte. Praktisch hätte also ein Teil der Arbeiter auf Kosten der übrigen eine schmale Erhöhung ihrer Löhne erhalten, und da recht wenig Arbeiter in den Genuß dieser Erhöhung gekommen wären, hätten die Unternehmer noch ein Geschäft gemacht.

Die Vertreter der Arbeiter lehnten diesen Vorschlag rundweg ab. Hollreb erklärte: „Das Angebot der Arbeitgeber bedeutet einen Schlag ins Gesicht der Arbeiter. Weitere Verhandlungen sind zwecklos. Die Verantwortung für die Folgen tragen die Arbeitgeber. Die Gewerkschaften behalten sich weitere Maßnahmen vor!"

Der Sprecher der Arbeitgeber erwiderte mit höhnischem Grinsen: „Wir sehen diesen Maßnahmen mit aller Ruhe entgegen!" Darauf wurden die Verhandlungen ergebnislos abgebrochen.

Sofort am nächsten Tag tagte die Tarifkommission der Arbeiter. Hollreb erstattete Bericht. Nach eingehender Debatte, in der das Für und Wider eines Streiks ausführlich besprochen wurde, beschloß die Kommission, der Arbeiterschaft den Streik zu empfehlen.

Vorher mußte der Streikfall erst vor das Tarifamt. Es war jedoch kaum anzunehmen, daß da eine Einigung erzielt würde. Die Gewerkschaften hatten also noch Zeit, um ihre Kampfmaßnahmen vorzubereiten. Sie riefen die Belegschaften zusammen, klärten die Arbeiter über den Ernst der Lage auf und ermahnten sie, in die Organisation einzutreten.



Auch für die Fabrik wurde eine Betriebsversammlung einberufen. Schon wenige Minuten nach Schluß der Arbeitszeit war der große Versammlungsraum überfüllt. Alle waren sie gekommen. Keiner fehlte. An diesem Abend hatten die Lauen und Indifferenten ihre Schrebergärten, Gesangstunden und alles im Stich gelassen. Die Arbeiter debattierten und gestikulierten erregt. Das hörte sich von fern wie das dumpfe Grollen eines schweren Gewitters an. Peter Goßler eröffnete die Versammlung und bat um Ruhe und Ordnung. Darauf erteilte er dem Kollegen Hollreb das Wort.

„Kolleginnen und Kollegen!" begann Hollreb. „Wir befinden uns in einer außerordentlich ernsten Situation. Der Arbeitgeberverband unseres Tarifgebietes hat unsere Forderung auf eine zehnprozentige Erhöhung der Löhne glatt abgewiesen. Wir glaubten im Hinblick auf die fortschreitende Verteuerung der Lebenshaltung der breiten Masse eine solche Forderung vertreten zu können. Die günstige Wirtschaftslage in der Chemie rechtfertigt unsere Forderung. Wir haben den Arbeitgebern mit einwandfreiem Zahlenmaterial nachgewiesen, daß die Preise der Lebensmittel und auch der Industrieartikel, Leder-, Woll-, Baumwoll-, Stein- und Porzellanwaren, um 7 Punkte gestiegen sind. Ebenso schilderten wir die ärmlichen Verhältnisse in den Arbeiterfamilien. Mit allen Mitteln versuchten wir den Unternehmern klarzumachen, daß ein weiteres Abgleiten der Kaufkraft der Arbeiter eine Gefahr für deren Gesundheit bedeutet, daß aber sinkende Kaufkraft auch Verminderung des Absatzes, Rückgang der Aufträge und damit Produktionseinschränkungen und Erwerbslosigkeit zur Folge hat. Eine weitere Einschränkung der Kaufkraft der Arbeiter zieht den Ruin zahlreicher Arbeiterfamilien und Geschäftsleute nach sich. All das wurde den Arbeitgebern deutlich gesagt. Auch konnten wir auf die bedenkliche Stimmung in den Betrieben hinweisen. Zunächst weigerten sich die Arbeitgeber, überhaupt einen Pfennig zu geben. Die kleinen standen völlig unter dem Einfluß der großen industriellen Scharfmacher. Diese erklärten, aus prinzipiellen Gründen sei es ihnen nicht möglich, eine Lohnerhöhung zu bewilligen. Also, nicht weil sie keine höheren Löhne zahlen könnten sind sie gegen eine Verbesserung der Lebenslage ihrer Arbeiter, sondern aus Prinzip. Die Lohnfrage ist eben eine Machtfrage. Wir verhandelten stundenlang, die Gegensätze stießen oft hart aufeinander. Dann zogen sich die Arbeitgeber zur Beratung zurück. Nach fast einer Stunde teilten sie uns mit, daß sie nicht gegen eine Zulage von sage und schreibe zwei Pfennig wären, wenn wir in eine Dreiteilung der Lohnklassen einwilligten."

In der Versammlung entstand ein Tumult. Erregte Pfuirufe wurden ausgestoßen.

„Kollegen!" fuhr Hollreb fort. „Wir empfanden ein solches Angebot direkt als Hohn. Einstimmig lehnten wir ab und machten die Scharfmacher auf die Folgen aufmerksam. Dann wurden die Verhandlungen ergebnislos abgebrochen. Kollegen! So weit wäre es kaum gekommen, wenn ihr restlos organisiert wäret. Als wir den Chemiebaronen mit einem Streik drohten, machte ein junger Vertreter der Arbeitgeber die hämische Bemerkung: Ihr könnt ja nicht. Eure Gefechtslinien sind ja auseinander gerissen."

Lebhafte Hört-hört-Rufe kamen aus der Versammlung.

„Das ist ein deutlicher Hinweis auf die Unorganisierten und Gewerkschaftsspalter. Deshalb muß die Parole jetzt lauten: Hinein in die Organisation, hinein in den Fabrikarbeiterverband, solange es noch Zeit ist! Ein Kollege, der sich in einer solch ernsten Situation nicht einreiht in die Kampffront der Arbeiter, der ist kein Kollege, der ist ein Deserteur, ja, er ist noch schlimmer, er ist ein Franktireur im Rücken der proletarischen Kampffront, der durch seine Lauheit und seinen Indifferentismus den Dolchstoß gegen seine eigenen Klassengenossen führt. Denkt euch, ihr würdet das ganze Jahr über fleißig einen Acker bestellen. Euer Nachbar stände mit der Hand in der Hosentasche neben euch und machte sich vielleicht noch lustig über eure aufgewandten Opfer und euren Fleiß. Wenn aber dann die Ernte beginnt, käme auf einmal dieser faule Nachbar und verlangte seinen Anteil am Ertrage eurer harten Arbeit, an den Früchten, die ihr gesät und gepflanzt habt. Was würdet ihr von einem solchen Menschen halten?"

„Lump, Tagdieb, Faulenzer", tönte es wirr durcheinander.

„Richtig", fuhr Hollreb fort, „mit Schimpf und Schande würdet ihr einen solchen Menschen von eurem Acker jagen. Aber genau so verwerflich handelt derjenige Arbeiter, der, ohne zu kämpfen, ohne sich zu organisieren, an den Erfolgen der Organisation teilnimmt. Ja, das sind Deserteure, Franktireure hinter der Front der Arbeiterklasse. Deshalb, Kollegen, rüstet euch zum Kampf, tretet ein in den Fabrikarbeiterverband, schließt die Reihen, laßt euch nicht von widersinnigen Parolen irreführen, sondern folgt der Leitung und den Beschlüssen des Verbandes! Wir werden euch rufen, wenn die Stunde des Kampfes gekommen ist, und wir hoffen, daß ihr dann geschlossen und diszipliniert diesem Rufe folgen werdet!"

Minutenlanger Beifall folgte den Ausführungen Hollrebs.

Peter Goßler stellte die Ausführungen Hollrebs zur Diskussion.

Nur ein unruhiges Gemurmel zeigte die Erregung der Arbeiter an. Niemand meldete sich zum Wort. Und doch hätten sich alle so gern gemeldet, alle hätten sie so gern ihre Not, ihren Hunger und ihre Verzweiflung hinausgeschrien. Aber jeder fürchtete den Spitzel neben sich, hatte Angst, Herr Hanfstiel bekäme es wieder angetragen, und er könnte seine Stelle verlieren.

Nach einer Weile meldete sich Mannhart zum Wort. Er war ein langjähriger, uneigennütziger Kämpfer in Partei und Gewerkschaft. Jederzeit war dieser mittelgroße, magere Mann bereit, Opfer zu bringen. Er nahm kein Blatt vor den Mund. „Der Hanfstiel soll mir was husten", sagte er oft. „Ich vertrete die Interessen meiner Kollegen und damit basta." Er beklagte es bitter, daß er mit dem Reden nicht so mitkonnte, wie er es gern gewollt hätte. „Im Kopf hätt ichs, aber raus bring ich es nicht", entschuldigte er sich immer hintennach, wenn er geredet hatte. Er hatte die Gewohnheit, immer zwischen ein paar Sätzen seinen Spezialreim: „Sagt ich — hab ich gesagt — hab ich gesagt — sagt ich", zu wiederholen.

„Kollegen", fing er an, „ich muß sagen, das Angebot der Unternehmer ist ein Skandal, einfach ein Skandal ist das. Ich bin dafür, daß wir gegen eine solche Herausforderung energisch protestieren tun. So kann es nicht weitergehen. Wenn man sieht, wie die Alfa wirtschaften tut und alles aus ihren Leuten herausschindet — bei einem solchen Hungerlohn, daß man sich bald kein Pfündchen Schmalz mehr kaufen kann —, dann begreift man nicht, daß es noch Kollegen gibt, die sich nicht dagegen wehren. Freilich, es wundert mich nicht, daß es uns so schlecht geht. Ein großer Teil hat seine Verbandsbücher in die Ecke geschmissen, will nicht kämpfen, sonst wäre es anders. Erst gestern hat ein solcher Schwammbuckel wider mich gesagt: ‚Der Verband hätte keinen Wert. Er hätte ihm noch nichts gebracht und würde ihm auch nichts bringen.' Kollegen, wenn es keinen Verband geben würde, sagt ich, hab ich gesagt, hätten wir noch viel weniger Stundenlohn, keinen Urlaub hätten wir und keinen Achtstundentag mehr, hab ich gesagt, sagt ich. Keine Betriebsräte, keinen Kündigungsschutz, keine Tarifverträge und nichts gäb es mehr. Die Alfa würde jedem so viel Lohn geben, wie sie wollte, und dann wäre die Arbeiterschaft erschossen. Kollegen, das muß anders werden. Jeder muß sich wieder organisieren. So müssen wir es machen, wie damals mit dem Bastian. Wir dürfen einen, der sich jetzt nicht organisiert, nicht als Kollegen betrachten, weil es keine Kollegen sind, sondern Schwammbuckel, die dort ernten, wo sie nicht gesät haben. Darum, Kollegen, geht hinein in die Gewerkschaften, bringt eure Bücher in Ordnung, haltet zusammen, damit wir den Unternehmern einmal zeigen, daß es noch Gewerkschaften gibt, die unsere Forderungen vertreten! Nützt die Zeit aus, damit, wenn die Parole „Streik" kommt, wir alle wie ein Mann geschlossen die Betriebe verlassen! Kollegen", Mannharts Stimme klang wie eine Fanfare, „alle Räder stehen still, wenn dein starker Arm es will!"

Alle Versammelten spendeten Mannhart lebhaften Beifall. Anschließend forderte Hollreb die Arbeiter auf, sich einig und geschlossen hinter die Organisation zu stellen, damit der kommende Kampf mit einem Siege für die Arbeiter beendet werden könnte. Darauf schloß Peter Goßler die Versammlung.

Auch die Unternehmer rüsteten zum Kampf. In aller Eile verschickten sie an ihre Kunden Zirkulare, in denen sie mitteilten, daß ihnen voraussichtlich durch die Gewerkschaften ein Streik aufgezwungen würde. Deshalb möchten sie Nachsicht üben, wenn künftig eine Bestellung nicht so prompt wie gewöhnlich ausgeführt würde. Für etwa entstehende Schäden wolle die Alfa die volle Bürgschaft übernehmen. Ferner wurden die Aufträge so geordnet, daß sie sofort an die Schwesterwerke weitergeleitet werden konnten. Dort wurden sämtliche entbehrlichen Betriebe auf die Herstellung von Farben umgestellt, damit die durch den Streik ausfallende Produktion in anderen Fabriken wieder eingeholt werden konnte. Das Versandlager arbeitete in den Tagen vor dem Streik mit Hochdruck. Doppelt und dreifach größer war das Quantum Farbstoffe, das täglich aus der Fabrik hinausrollte, gegenüber an normalen Tagen. Die Farben gingen an entferntere Zwischenlager, von wo aus dann die Kunden während des Streiks beliefert wurden. Namhafte Summen zur Beeinflussung der bürgerlichen Presse wurden bereitgestellt. In den Büros der Alfa sortierten die Angestellten die Personalkarten. Solche mit roten Strichen wurden beiseitegelegt, die Inhaber hoffte man jetzt billig loszuwerden. In den Schreibstuben klapperten die Schreibmaschinen. Nach wenigen Tagen lag für jeden Arbeiter ein Schreiben bereit, das seine fristlose Entlassung enthielt. An die bürgerliche Presse gingen Artikel, in denen die Gewerkschaften vor unbesonnenen Handlungen gewarnt wurden; die Arbeitgeber ließen sich nicht einschüchtern, sie wären sich ihrer Verantwortung vor Volk und Wirtschaft bewußt. Erneut wiesen sie auf die abgleitende Konjunktur hin, die eingetretene Absatzstockung hätte inzwischen weitere Fortschritte gemacht. Es müßte mit ziemlich starken Verlusten gerechnet werden. Man brauchte nur auf das Wirtschaftsbarometer, die Börse, zu verweisen. Tatsächlich waren die Aktien der Alfa auf geheime Order hin gefallen.

Die Verhandlungen vor dem Tarifamt waren ebenfalls gescheitert; die Arbeitgeber wollten überhaupt nichts mehr bewilligen. „Das deutsche Unternehmertum muß jetzt der Lohndiktatur der Gewerkschaften ein Ende bereiten, soll nicht die deutsche Wirtschaft in den Abgrund experimentiert werden", erklärte der Generaldirektor der Alfa bei einer Pressekonferenz.

Die Gewerkschaften machten noch einmal auf die niedrigen Löhne in der Chemie sowie auf das Elend in den Arbeiterfamilien aufmerksam. Den Unternehmern wurde mitgeteilt, daß, wenn nicht binnen drei Tagen ein verhandlungsfähiges Angebot einträfe, nach dieser Frist in allen Werken des Tarifgebietes die Arbeit eingestellt würde.

Das war eine Aufregung in der Fabrik, als morgens im Badehaus bekannt wurde, daß am Montag der Streik begann. Peter Goßler wurde von den aufgeregten Arbeitern förmlich mit Fragen überrannt.

„Ich hätt's nicht geglaubt, daß es so weit kommt", sagten einige kleinlaut.

Andere meinten: „In ein paar Tagen ist alles wieder vorbei." Die Unorganisierten machten bitterböse Gesichter.

„Ob es zum Streik kommt, ist noch nicht bestimmt, vielleicht einigen sie sich noch über Sonntag", erklärte einer und glaubte es selbst nicht. Ihre ganze Hoffnung waren jetzt die Gewerkschaften, für die sie vorher nichts übrig hatten. Kein Wort hörte man mehr von Kuhhandel und Bonzen. Im Gegenteil! Einer meinte sogar: „Wenn die Arbeitgeber so unvernünftig sind, dann sollten die Gewerkschaften etwas nachgeben, vielleicht könnte dann der Streik verhindert werden."

(Fortsetzung folgt.)